

Vorgesehen zur Veröffentlichung in den *Oppermann-Studien* 2009. St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag, dem *Jahrbuch der Heinrich-Albert-Oppermann-Gesellschaft* zu Nienburg (Weser), mit freundlicher Erlaubnis von Christoph Suin de Boutemard

## Hugo Preuß und der lange deutsche Weg zur Vernunft

von Christoph Müller

Fast nie ist es die Vernunft, die Vernünftiges bewirkt, und fast nie kommt der Mensch aus Vernunft zur Vernunft.

Montesquieu<sup>1</sup>

### 1. Einleitung

Wir sind heute auf der Suche nach einer „neuen Vergangenheit“.<sup>2</sup> Geschehene Geschichte lässt sich nicht mehr ungeschehen machen; aber die Gegenwart hängt mit dem Bild, das wir uns von der Vergangenheit machen, eng zusammen; auch muss sich jede Generation ein historisches Bewusstsein erarbeiten, um ihren eigenen Weg in die Zukunft zu finden. So sammeln wir, nach dem schrecklichsten Zivilisationsbruch unserer Geschichte, Zeugnisse der Vergangenheit, auf die wir uns für das, was vor uns liegt, stützen können.

Solche Ansatzpunkte findet die Heinrich-Albert-Oppermann-Gesellschaft u.a. in dem Kampf der „Göttinger Sieben“ um den Verfassungsstaat und in den Versuchen der Paulskirche, einen deutschen Nationalstaat zu schaffen. In Leben und Wirken Oppermanns haben sich solche Ereignisse gespiegelt. Und wir sind dabei, Hugo Preuß wiederzuentdecken, ihn zum Teil sogar überhaupt erst kennen zu lernen. Hugo Preuß war ein großer Gelehrter, ein bedeutender Theoretiker und Praktiker der Politik, der vierzig Jahre lang – von 1885 bis 1925 – um eine politische Modernisierung unseres Landes gekämpft hat. Er war einer der ganz großen deutschen Patrioten. Aber in seiner Zeit wurde er verunglimpft: Die Weimarer Verfassung, die er entworfen und deren parlamentarische Beratungen er bis zum erfolgreichen Abschluss geleitet hatte, sei eine „undeutsche“ Verfassung, die Weimarer Republik eine „Judenrepublik“. Albert Oppermann und

---

<sup>1</sup> Montesquieu (1689–1755), *Meine Gedanken. Mes pensées*, Auswahl, Übersetzung und Nachwort von Henning Ritter, München 2000, S. 329.

<sup>2</sup> In Anlehnung an Barton J. Bernstein (Hg.), *Towards a New Past. Dissenting Essays in American History*, New York 1967.

Hugo Preuß, durch einige Jahrzehnte in Lebensalter und politischer Konstellation von einander getrennt, waren in der gleichen Richtung unterwegs.

Ich stelle diese Überlegungen unter das Motto eines nachdenklich stimmenden Ausspruchs des großen Montesquieu, der die Französische Revolution in vieler Hinsicht vorbereitet hatte. Der Satz erinnert an die Ohnmacht der Vernunft. Lothar Albertin hat in seiner Einleitung des ersten Bandes unserer Preuß-Edition Hugo Preuß als „Kassandra“ vorgestellt: „*Warum gabst du mir zu sehen, was ich doch nicht wenden kann*“?<sup>3</sup> Aber Preuß war kein Pessimist, auch wenn er sah, „mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird“. Er verglich die politischen Entwicklungen in Deutschland mit denen in Westeuropa und den USA und beschrieb einen eigenartigen deutschen „Sonderweg“. Ihn interessierte, wie die Fehlentwicklungen zustande gekommen waren, mehr aber noch, ob und wie sie korrigiert werden könnten. Im Gegensatz zu anderen Sonderwegstheorien weiß er: „Hinter jeder Ecke lauern ein paar – Richtungen“.<sup>4</sup> Der Satz Montesquieus schließt nicht aus, dass es immer wieder neue Chancen gibt. Preuß war frei von allem Fatalismus, der geschichtliche Verhängnisse als unabänderlich betrachtet. Wir erinnern uns an die Zeit der Heiligen Allianz, an die Reaktionsperiode nach den sogenannten Freiheitskriegen, an die „Demagogenverfolgung“, an die erzwungene Emigration bedeutender deutscher Wissenschaftler und Politiker, die als Anhänger von Meinungsfreiheit, Assoziationsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit, Parlamentarismus und Demokratie bei uns verfolgt worden sind. Wir haben viele alte Irrtümer inzwischen überwunden. Vor etwa 150 Jahren hatte die Nationalversammlung der Paulskirche schon einmal versucht, den Anschluss an den westlichen Verfassungsstaat zu gewinnen. Sie ist gescheitert, teils an innerer Schwäche und Zersplitterung, vor allem aber an den realen Machtverhältnissen, den Armeen Preußens und Österreichs.<sup>5</sup> Die Republik von Weimar mit ihren vielversprechenden Neuansätzen ist zerstört worden. Und heute gilt alles, was damals weithin als hochverräterisch, gemeingefährlich oder verwerflich verabscheut wurde, als staatstragend, als gesicherter Bestand einer demokratisch-politischen Kultur. Gegen alle Wahrscheinlichkeit und unter eigenartigen Umständen hat unser Land nach dem Absturz in die Hitler-Barbarei noch einmal eine neue Chance bekommen.<sup>6</sup> Wir sind einigermassen zur Vernunft gekommen, aber nicht „aus Vernunft“. Wir erschrecken über die Verirrungen, die Umwege und ihre Kosten.

Ich möchte hier an einigen Beispielen zeigen, wie Hugo Preuß, lange vor dem deutschen Zivilisationsbruch, vor gravierenden Fehlentwicklungen unserer Geschichte gewarnt, wie er aber auch immer wieder nach Auswegen gesucht hat. Die geschichtliche

---

<sup>3</sup> Lothar Albertin, Einleitung in Hugo Preuß, *Gesammelte Schriften*, Bd. 1: *Politik und Gesellschaft im Kaiserreich*, Tübingen: Mohr Siebeck, 2007, S. 1f.

<sup>4</sup> Aphorismus des polnischen Satirikers Stanislaw Jerzy Lec, *Sämtliche unfrisierte Gedanken*, übersetzt und hg. von Karl Dedecius, München 1982.

<sup>5</sup> 1848 brach im Großherzogtum Baden, getragen vom badischen Militär und bürgerlichen Kräften, eine Revolution aus, die – unter Führung Preußens – blutig niedergeschlagen wurde, wobei sich der spätere preußische König und Kaiser Wilhelm I. („Kartätschenprinz“) besonders hervortat.

<sup>6</sup> Fritz Stern, *Fünf Deutschland und ein Leben* (Orig. amerik.) dt. München: Beck, 2007.

Entwicklung hat ihm am Ende Recht gegeben, auch wenn es ein langer Weg war.<sup>7</sup> Hans Magnus Enzensberger dagegen hat in einem Buch über den General Kurt v. Hammerstein-Equord die These aufgestellt: „Die Weimarer Republik war von Anfang an eine Fehlgeburt“.<sup>8</sup> Dem möchte ich widersprechen.

## 2. Weichenstellung 1808

Unser Grundgesetz ist nicht vom Himmel gefallen. Es beruht, wie das bei den großen Errungenschaften der Menschheit immer der Fall ist, auf dem Werk von Generationen. In vergleichender Perspektive sehen wir, dass sich die politischen Systeme mit dem Wandel der sozialökonomischen Bedingungen immer und überall verändern. Eine Agrargesellschaft, mit starkem Akzent auf Naturalwirtschaft, braucht ein anderes politisches System als eine urbane, bürgerliche Gesellschaft, die auf Gewerbe, Warenaustausch, Handel, Geldwirtschaft und schließlich auf industrieller Entwicklung beruht.

Seit der frühen Neuzeit haben sich mit der Entstehung einer „bürgerlichen“ Gesellschaft die politischen Systeme vieler Länder in langwierigen und widerspruchsvollen Prozessen als Nationalstaaten organisiert. In Deutschland fand dieser Prozess der Anpassung an moderne Lebensverhältnisse, verglichen etwa mit den Niederlanden, mit England und Frankreich erst relativ spät statt. Dabei kam Preußen eine führende Rolle zu. Der Große Kurfürst (1620–1688) kannte die Niederlande; seine Frau stammte aus dem Haus Oranien. Er griff einige westeuropäische Anregungen auf und wollte sein Herrschaftsgebiet modernisieren. 1685 hatte der französische König das Toleranzedikt von Nantes (1598) widerrufen, das die blutige Unterdrückung der Hugenotten (Bartholomäusnacht 1572) beendet hatte; jetzt drohte die Verfolgung, wiederaufzuleben. Noch im gleichen Jahr 1685 erließ Friedrich Wilhelm das Toleranzedikt von Potsdam. Er lud die erneut verfolgten französischen Protestanten ein, nach Brandenburg zu kommen.<sup>9</sup> Diese religiöse Toleranz, beflügelt von handfesten wirtschaftspolitischen Erwägungen, war ein weitschauender Akt der gesellschaftlichen Entwicklung. Aber bald stagnierte dieser kräftige sozialökonomische Impuls wieder. Noch lange blieb Preußen ein fast reiner Agrarstaat. Das friderizianische Preußen, das jeden „nach seiner Façon selig werden“ ließ, war ein Militärstaat geblieben, dessen bürgerliche Entwicklung blockiert war. Es war, wie Hugo Preuß eine Bemerkung Mirabeaus zitierte, nicht ein Land mit einem Heer, sondern eher ein Heer mit einem Land.<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, 2 Bde., München 2000.

<sup>8</sup> Hans Magnus Enzensberger, *Hammerstein oder der Eigensinn*, Frankfurt: Suhrkamp, 2008, S. 31–36.

<sup>9</sup> So ist auch die Familie Suin de Boutemard zu uns gekommen.

<sup>10</sup> Preuß, *Obrigkeitsstaat und großdeutscher Gedanken* (1916), in: *Schriften*, Bd. 1, S. 555. Graf Mirabeau hatte 1777 in Preußen untersucht, wie es Friedrich dem Großen gelingen konnte, nach den Zerstörungen der Schlesischen Kriege sein Land wieder aufzubauen. Danach studierte er in England die konstitutionelle Monarchie, die er als Vorbild für Frankreich ansah. Bei der Einberufung der Generalstände kurz vor Ausbruch der Französischen Revolution ließ er sich in den Dritten Stand wählen und kämpfte dann maßgeblich für die Abschaffung der Adelsprivilegien.

Dieses Preußen war unter den Schlägen Napoleons 1806 in der Schlacht bei Jena und Auerstädt zusammengebrochen. Aber die Katastrophe öffnete eine neue Chance. König Friedrich Wilhelm III. rief den Reichsfreiherrn Karl vom und zum Stein aus Nassau ein zweites Mal nach Preußen. Nach dem Vorbild der Französischen Revolution gelang es Stein in wenigen Jahren, einige grundlegende Reformen einzuleiten: die Standesprivilegien wurden aufgehoben, die Bauern von ihren Feudallasten befreit, die Gewerbefreiheit eingeführt, Gewissens- und Religionsfreiheit garantiert, die hier seit langem lebenden Juden endlich als Bürger anerkannt.

Im Zentrum der Reformen stand die preußische Städteordnung vom Oktober 1808, mit der Stein die alte Stadtfreiheit wiederherstellen wollte, die das städtische Bürgertum im Absolutismus an die Territorialherrscher verloren hatte. Aber die Reformen blieben halbherzig. Der ostelbische Adel leistete erbitterten Widerstand. Die Französische Revolution hatte die Bauern von Leibeigenschaft und Feudallasten ohne Entschädigungspflicht befreit, während in Preußen die archaischen Bindungen durch Geldzahlung bzw. durch Abtretung von Land an die ehemaligen Feudalherren abgelöst werden mussten. In dem Kolonialland östlich von Elbe und Saale hat das die Position des Adels noch einmal gestärkt, statt die bürgerliche Entwicklung zu fördern. Das verstärkte die „Stadtflucht“, die ein städtisches Proletariat schuf, was der industriellen Entwicklung in den Zeiten der „ursprünglichen Akkumulation“ billige Arbeitskräfte zuführte. Nach außen war der auf kargem Boden wirtschaftende ostelbische Großgrundbesitzer nicht etwa rückständig, sondern eher modern. Es war die Zeit weiträumigen Getreidehandels, moderner Agronomie und Betriebswirtschaft. Mit ihrem Freihändlerischen Postulat: *laissez faire, laissez passer*, hatte die physiokratische Wirtschaftstheorie der liberalen Theorie von Adam Smith kräftig vorgearbeitet. Die ostelbischen Junker versuchten aber, ihre veraltete patrimoniale Herrenstellung noch einmal auszubauen, während sie selbst zu einer neuartigen, fast schon agrar-kapitalistischen Wirtschaftsweise übergingen. Das passte nicht mehr zu ihrer alten feudalen Herrenstellung. Die eigentlich obsolet gewordenen Formen von Arbeits- und Gesindezwang erschienen ihnen aber als ein Ausweg; weil sie nicht in der Lage waren, mit freier Arbeit zu wirtschaften.

Die Reformen des Frh. vom Stein und später des Fürsten Hardenberg blieben im Widerstand des Adels stecken. Es gelang nicht mehr, eine der neuen Städteordnung entsprechende moderne Landgemeindeordnung und Kreisreform durchzusetzen. Der Freiherr Ludwig von der Marwitz, einer der maßgeblichen Sprecher der adligen „Fronde“, brachte er auf die merkwürdige Formel: die Reformer wollten das ehrliche alte brandenburgische Preußen in einen „neumodischen Judenstaat“ verwandeln<sup>11</sup>.

Natürlich war Marwitz damit noch kein Vorläufer des späteren Rassen-Antisemitismus.<sup>12</sup> Er war kein gänzlich unmoderner Mensch, studierte eifrig Adam Smith und die

---

<sup>11</sup> Preuß, *Die Junkerfrage* (1897), in: *Schriften*, Bd. 1, S. 218.

<sup>12</sup> Im Schatten dieses böseartig-harmlosen Casino-Antisemitismus, der sich noch auf Schimpfworte beschränkte, konnten sich allerdings bald auch rabiatere Formen breitmachen. Aber auch Heinrich v. Treitschke, von dem das tückische Wort stammt: „Die Juden sind unser Unglück“, war noch kein „Rassen-

Neuerungen von Betriebswirtschaft und Agrarwissenschaft, wie sie Albrecht Daniel Thaer begründet hatte. Er bereiste England, und sein Bruder verkehrte im Salon Rahel v. Varnhagens. Das Wort „Jude“ war in seinen Kreisen ein Schimpfwort, das nicht einmal unbedingt auf Juden zielte, sondern mit dem man auch manchmal das verhasste liberale Bürgertum ganz pauschal bedachte. Es war eine Metapher für die Ablehnung alles Modernen, das aus Frankreich gekommen war. Aber statt sich mit dem ganzen liberalen Bürgertum anzulegen, war es bequemer, den Hass gegen die Modernisierungen von Gesellschaft und Staat auf die kleine Minderheit der bereits religiös stigmatisierten Juden umzulenken.<sup>13</sup>

Preuß zeigt, wie der alle Reformen bekämpfende Landadel die Perspektiven nicht erkannte, die die Selbstverwaltungsreformen Steins ihm öffneten. Er hätte, wie in England, zu einer einflussreichen *Landgentry* werden und für lange Zeit eine führende politische Stellung erringen können, wenn er die Zeichen der Zeit erkannt hätte.<sup>14</sup> Aber statt dessen vergrub er sich in seine Privilegien und blockierte die unerlässlichen Reformen.

Stein war kein Demokrat. Er war gerufen worden, um nach dem Zusammenbruch des alten Preußen die Monarchie der Hohenzollern zu retten. Er war ein bedeutender Mann, von großer gedanklicher Klarheit, von außergewöhnlicher Energie und Tatkraft. Er würde eigentlich gut in das berühmte historische Klischee passen: „Männer machen Geschichte“. Aber Hugo Preuß weist auf ein interessantes Detail hin. Stein war schon früher einmal als Minister nach Preußen gerufen worden, um dann aber bald wieder „als ungehorsamer und widerspenstiger Diener“ verjagt zu werden. Damals war es zu keiner der dramatischen Reformen gekommen, die er jetzt in Gang setzte und die ihn berühmt gemacht haben. Damals blieb es bei kleineren verwaltungstechnischen Verbesserungen, vor allem in der Finanzverwaltung. Erst unter dem Druck des französischen Sieges über die ruhmreiche aber veraltete Traditionsarmee Friedrichs des Großen war es denkbar geworden, dem König und dem grundbesitzenden Adel die Zugeständnisse abzutrotzen, die unvermeidlich waren. Sofort nach dem Sieg der Heiligen Allianz über Napoleon kam der Reformprozess aber wieder zum Erliegen. Die sogenannten Freiheitskriege brachten dem Volk keine Freiheit; sie mündeten in die Demagogenverfolgung.

---

Antisemit“; er wollte das „Judenproblem“ durch christliche Taufe aus der Welt schaffen. Ihm „genügte“ die Zerstörung der jüdischen Identität. Preuß hat sich immer gegen den Begriff der „Assimilation“ ausgesprochen, weil es für ihn selbstverständlich war, dass er als deutscher Patriot jüdischer Herkunft „Eigenes“ mitbrachte, Preuß, *Die heutige politische Lage des Reiches und das deutsche Judentum* (1925), in: *Schriften*, Bd. 1, S. 298. So wandte er sich mit Entschiedenheit gegen den „Taufzwang“ als Voraussetzung der bürgerrechtlichen Gleichstellung. Art. 12 der Preußischen Verfassung von 1850 hatte zwar bestimmt: „Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse“; aber Art. 14 hatte das wieder eingeschränkt: „Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsausübung im Zusammenhang stehen, unbeschadet der im Art. 12 gewährleisteten Religionsfreiheit zu Grunde gelegt“. Schon der beamtenrechtliche Diensteid mit seiner religiösen Beteuerungsformel konnte dabei zu unübersteiglicher Barriere werden.

<sup>13</sup> Preuß, *Junkerfrage*, in: *Schriften*, Bd. 1, S. 260.

<sup>14</sup> Preuß, *Junkerfrage*, in: *Schriften*, Bd. 1, S. 246.

Die Reformen Steins entsprachen der Vernunft. Aber die Menschen kommen zur Vernunft nicht *aus* Vernunft. Ohne den direkten Druck Frankreichs und Napoleons<sup>15</sup> wären sie nie begonnen worden. Und nach dem Sieg über Napoleon war der Reformdruck beseitigt. Für lange Zeit kam es zur Blockade. Gordon Craig datiert das Ende Preußens nicht mit dem Zusammenbruch der Bismarckschen Militärmonarchie im Jahre 1918 und auch nicht mit der Auflösung Preußens durch den Alliierten Kontrollrat,<sup>16</sup> sondern schon mit dem Scheitern der Stein/Hardenbergschen Reformen ein Jahrhundert vorher.<sup>17</sup>

Aber die Städteordnung war und blieb eine große Errungenschaft und Anknüpfungspunkt für alle weiteren Reformen. Dieser große Schritt in Richtung auf Selbstverantwortung war außerordentlich vernünftig. So müsste man wohl weltweit vorgehen, wenn die inzwischen in einer Weltorganisation zusammengeschlossenen Vereinten Nationen, die ja überwiegend aus Halbdemokratien oder gänzlich autokratischen Diktaturen bestehen, sich den heutigen Standards von Verfassungsstaat und Menschenrechten allmählich nähern sollen: Erst einmal im lokalen Bereich anfangen, die eigenen Sachen in die eigene Hand nehmen, Erfahrung sammeln, wie man mit Verhandeln mehr erreicht als mit Diktieren, erst einmal die Entstehung einer „Bürgergesellschaft“ fördern.

Auch wenn die preußischen Reformen zum großen Teil zunächst scheiterten, war damit nicht ein „Ende der Geschichte“ erreicht. Es gab neue Perspektiven.

### 3. Weichenstellung 1848

Die borussische Geschichtsschreibung versuchte aus dem Freiherrn vom Stein einen Vorläufer Bismarcks zu machen. Dabei musste allerdings ausgeblendet werden, dass Stein in entscheidenden Punkten über Bismarck hinausdachte. Hugo Preuß sah in Stein nicht einen Vorläufer, sondern einen Gegenspieler Bismarcks, einen Antipoden. Stein wird ihm zum Gewährsmann einer gesellschaftlichen und politischen Modernisierung, die die herrschenden Kreise Preußens gerade verweigerten.

---

<sup>15</sup> Stein schrieb nach Paris an Alexander v. Humboldt, der Zugang zu Napoleon hatte, und bat ihn, den Kaiser über die Reformen in Preußen zu informieren und zu beruhigen: Die Städteordnung sei nur ein kleiner Anfang; das der Politik entwöhnte Volk müsse erst einmal lernen, für die eigenen Sachen Verantwortung zu übernehmen; weitere Schritte würden folgen, zitiert bei Preuß, *Deutschlands republikanische Reichsverfassung* (1923), in: *Schriften*, Bd. 4: *Politik und Verfassung in der Weimarer Republik*, Tübingen 2008, S. 658 [zu S. 316].

<sup>16</sup> Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats vom 25.9.1947.

<sup>17</sup> Gordon A. Craig, *Das Ende Preußens. Acht Portraits*, München: Beck, 1985: „Marwitz war, auf seine Weise, ein Vorläufer der Kamarilla von 1848, der im Bund der Landwirte organisierten agrarischen Politiker der 90er Jahre und jener Clique aristokratischer Grundeigentümer, die 1932 und 1933 in Neudeck den Reichspräsidenten von Hindenburg umlagerten. Marwitz war in vielerlei Hinsicht ein noblerer Mensch als die Manteuffels und Hammersteins und Oldenburg-Janitschows, aber *autres temps, autres mœurs*. Er war jedenfalls in seiner Zeit – wie sie in ihrer Zeit – ein allzu wirkungsvoller Widersacher des Neuen und somit ein Vorbote des Untergangs Preußens“, S. 36f.

1806 hatte Napoleon das sog. Heilige Römische Reich Deutscher Nation beseitigt. Kaiser Franz II. hatte die Reichskrone niedergelegt und als Franz I. ein partikularstaatliches österreichisches Kaisertum begründet. Aber auch nachdem Napoleon abgetreten war, übte die Französische Revolution eine tiefe, fortdauernde Wirkung auf ganz Europa aus. Langfristig konnten die neuen „konstitutionellen“ Errungenschaften nicht mehr unterdrückt werden. Die Juli-Revolution 1830 in Frankreich führte in Frankreich und Deutschland wieder zu revolutionären Ereignissen. Sie schaffte das Prinzip der „Legitimität“ christlicher Erbmonarchen als Grundlage der internationalen Politik endgültig ab. Die liberale Bewegung kam in England, Frankreich, Belgien und in der Schweiz zum Durchbruch. In der Wirtschaft bedeutet Liberalismus die Entdeckung, dass der absolutistische „Polizeystaat“, der eine Vielzahl von Dingen – bis in die Kleiderordnung hinein – geregelt hatte, nicht mehr erforderlich war; viele Fragen konnten den selbstregulativen Mechanismen des Marktes überlassen werden. Der schottische Moralphilosoph Adam Smith hatte die Welt verändert. Auch in Deutschland drangen seine Ideen ein.

Im Verfassungsrecht führte die liberale Bewegung zur Demokratisierung vordemokratischer Herrschaftsformen und zum „Verfassungsstaat“. Oft waren die Reformen nur halbherzig. Aber sie alle überwandten die frühere Trennung der älteren Ständeversammlungen in separate Kurien, auch in Preußen. Unter Mitwirkung von Vertretern des Ersten Standes, etwa in der Gestalt des Abbé Sieyes,<sup>18</sup> und des Zweiten Standes, etwa in der Person des Grafen Mirabeau,<sup>19</sup> hatte sich in Frankreich der Dritte Stand zur Nation erklärt. Damit hatte er sich in eine Versammlung konstituiert, die prinzipiell beschlussfähig war, ähnlich dem englischen *House of Commons*, während bei der Teilung in separate „Stände“ ein „absoluter“ Herrscher geradezu denknotwendig war. Auch im preußischen Abgeordnetenhaus saßen nun Adlige und Bürgerliche nebeneinander. Allerdings hat Friedrich Wilhelm IV. dann eine Art „Oberhaus“, in Gestalt des sog. „Herrenhauses“ geschaffen, das ihm gute Dienste leistete, um drohende Reformimpulse möglichst zu verhindern, zumal es in den Landgemeindeordnungen bei der Trennung der Stände und damit bei der Vorherrschaft der adligen Großgrundbesitzer geblieben war.

In Deutschland erfolgte die Anpassung an neuere konstitutionelle Formen zunächst in den überkommenen Territorialstaaten. Es sah sich z.B. Hessen-Waldeck als eigenständige „Nation“ und betrachtete das Fürstentum Lippe als „Ausland“. Solche Verhältnisse wollte die liberale Bewegung in Deutschlands überwinden und über dem Flickenteppich der Territorialstaaten einen Deutschen Nationalstaat errichten.

---

<sup>18</sup> Emanuel Joseph Sieyes, *Was ist der Dritte Stand* (1789), in: Sieyes, *Politische Schriften. 1788–1790*, München: Oldenbourg, 1981. Dazu Preuß, *Qu'est-ce que le tiers-état* (1900), in: *Schriften*, Bd. 1, S. 315–322.

<sup>19</sup> Lesenswert die glänzende Schilderung Mirabeaus bei Heinrich v. Kleist über diesen Vorgang in dem Essay: *Über die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden*.

Der Frh. vom Stein war kein Preuße. Der Reichsritter hielt sein Lehen vom Kaiser. Er dachte nicht preußisch,<sup>20</sup> auch nicht kleindeutsch, er fühlte groß-deutsch, also Deutsch-Österreich einschließend. Und seine Reformen sollten nur ein Anfang sein. Wenn er freiwillig in die Dienste der preußischen Krone trat, dann deshalb, weil er dachte, dass von Preußen aus ein Deutsches Reich gebaut werden könnte. Unter dem Druck der Verhältnisse hatte ja sogar der Romantiker auf dem Königsthron, Friedrich Wilhelm IV., einmal von dem „deutschen Beruf Preußens“ gesprochen, bei dem Preußen in Deutschlang hätte „aufgehen“ sollen.

1848 folgte eine neue Welle von revolutionären Erschütterungen in Frankreich und in Deutschland. Metternich floh nach England. In Berlin kam es zu Barrikadenkämpfen. Diese Bewegung war so stark, dass allgemein – auch im Rahmen des Deutschen Bundes, der vom habsburgischen Österreich dominiert war, und sogar in Preußen unter einem Hohenzollern-König – akzeptiert wurde, in Frankfurt am Main eine Nationalversammlung einzuberufen. In allen Territorien wurden dafür Delegierte gewählt.

Als in der Paulskirche im Mai 1848 die konstituierende Nationalversammlung zusammentrat, wurde ein Schreiben der Bundesversammlung verlesen, aus dem Preuß zitiert:

„Die Macht außerordentlicher Begebenheiten, das Verlangen, welches sich laut in unserem ganzen Vaterlande ausgesprochen hat, und der aus beiden hervorgegangene Aufruf der Regierungen, haben in dieser großen Stunde eine Versammlung herbeigeführt, wie unsere Geschichte sie noch niemals sah. In seinen Grundfesten hat das alte politische Leben gebebt und von dem Jubel und dem Vertrauen des ganzen deutschen Volkes begrüßt, erhebt sich eine neue Größe: das deutsche Parlament. Die deutschen Regierungen und ihr gemeinschaftliches Organ, die Bundesversammlung, mit dem deutschen Volke in der gleichen Liebe für unser großes Vaterland vereint, und aufrichtig huldigend dem neuen Geiste der Zeit, reichen den Nationalvertretern die Hand zum Willkomm, und wünschen ihnen Heil und Segen.“<sup>21</sup>

Die Paulskirchenversammlung arbeitete eine föderativ-konstitutionelle Verfassung aus mit einem erblichen Kaisertum, einem Zweikammersystem und einem Grundrechtskatalog.<sup>22</sup> So schien es, als würde das, was mit der Städteordnung begonnen worden war, nun endlich seinen krönenden Abschluss erhalten. Wir können es nicht leugnen: Das wäre wirklich vernünftig gewesen. Aber es scheiterte.

Der König von Preußen hatte versprochen, sich an die Spitze der Einigungsbewegung zu stellen. Die Paulskirchenversammlung bot ihm an, ihn als Deutschen Kaiser über den Einzelstaaten anzuerkennen. Aber Friedrich Wilhelm IV. wies die Kaiserkrone

---

<sup>20</sup> In einem Brief an den Grafen v. Münster schreibt er: „Sie vermuten in mir einen Preußen und Sie entdecken in sich den Hannoveraner. Ich habe nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland. Dazu Preuß, *Reichsverfassung*, Bd. 4, S. 658 [zu S. 317].

<sup>21</sup> Preuß, *Paulskirche und deutscher Nationalstaat* (1923), in: *Schriften*, Bd. 4, S. 649 [zu S. 259].

<sup>22</sup> Art. 137: Der Adel ist aufgehoben. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft. Die Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Art. 132 und 133: schaffen ein Reichsbürgerrecht und Freizügigkeit in jedem deutschen Lande. Art. 146: Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt. Art. 150: Die Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Eehindernis. Art. 152: Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Vereinigungsfreiheit wird gewährt.

empört und höhnisch zurück. Er glaubte noch an das monarchische Prinzip, fühlte sich als König von Gottes Gnaden, und lehnte es ab, mit Untertanen zu verhandeln. Fragen von Staat und Herrschaft mache er nur mit „Seinesgleichen“ ab. Die Hohenzollern und die Habsburger gaben noch nicht auf. Sie riefen die Delegierten ihrer Staaten aus Frankfurt zurück. Die Versammlung wurde aufgelöst. Damit war das Schicksal der Paulskirchenverfassung besiegelt. Die Paulskirche hatte keine Macht, das Bürgertum war in eine Vielzahl kleiner Territorien zersplittert, die Demagogenverfolgung hatte alle politischen Energien gelähmt. So konnte man nur auf die Vernunft der Fürsten und auf den Druck der öffentlichen Meinung bauen. Das aber reichte nicht. Preußen setzte der Nationalversammlung von Frankfurt eine eigene partikularstaatliche, preußische Verfassung entgegen. An Stelle der *deutschen* Nation konstituierte sich eine *preußische* Nation, und zwar verfügt von oben, durch *octroi*, durch eine einseitige Konzession des Monarchen. Die Paulskirchenverfassung trat nie in Kraft. Der Traum war beendet.

Für uns heute aber war die Verfassung der Paulskirche von 1849 der erste Versuch, unser Land auf die Höhe des modernen Verfassungsstaats zu bringen. Preuß hat sich bei seinem Entwurf der Weimarer Reichsverfassung an ihr orientiert. Sie war auch für das Bonner Grundgesetz prägend. Sie blieb Modell und Richtschnur für die weitere Entwicklung unserer Verfassungseinrichtungen. Insofern war die Arbeit, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts geleistet worden war, nicht ganz verloren.

#### 4. Weichenstellung 1862

Trotz aller Rückschläge waren im preußischen Abgeordnetenhaus die alten Ständeversammlungen beseitigt. Auch Friedrich Julius Stahl, der das monarchische Prinzip wieder beleben wollte, sah sich gezwungen, das zu akzeptieren. Der König fand sich damit ab, dass seine Herrschaft durch das Haus der Abgeordneten beschränkt war. Aber er behielt den Oberbefehl über seine Armee, und er war der Herr seiner Beamten, die sich selbst als Fürstendiener verstanden. Das Parlament hatte das Recht, bei der Gesetzgebung mitzuwirken. Aber erst mit der königlichen Sanktion sollte das Gesetz gelten. Dieser Vorbehalt kam einem Veto gegen die repräsentative Versammlung gleich. In feiner Unterscheidung nannte das Stahl eine „konstitutionelle“ Monarchie, um das eigentlich gleichbedeutende, aber als böse betrachtete Wort einer „parlamentarischen“ Monarchie zu vermeiden. Das Volk solle zwar beschließen, aber wenn dem König die „Sanktion“ der Gesetze vorbehalten bliebe, sah er das „monarchische Prinzip“ gerade noch als gewahrt an.

Auch in Preußen war der Liberalismus inzwischen eine Macht geworden. Auf dem platten Land war aber vieles beim Alten geblieben; Gutsherren übten weiterhin „patrimoniale“ Polizeigewalt, Gerichtsbarkeit und Gesindezwang aus. Im preußischen Abgeordnetenhaus kam es 1862 zu einem Konflikt über die Heeresreorganisation. Der frühere Prinzregent Wilhelm war 1861 König geworden, – er war der spätere Kaiser Wilhelm I. Sein Vater hatte ihn, gegen seinen eigenen Willen, mit einer Prinzessin aus

Sachsen-Weimar-Eisenach verheiratet (1829), der späteren Kaiserin Augusta, einer gebildeten Frau, die versuchte, ihrem Mann liberale Ideen nahezubringen. Im Abgeordnetenhaus glaubte man schon, es beginne eine neue, eine liberale Ära. Das war aber eine Täuschung. Überzeugt von seinem Gottesgnadentum war der König nicht bereit, sich im Konflikt mit dem Abgeordnetenhaus der liberalen Mehrheit zu unterwerfen und wollte zurücktreten. Die Abdankungsurkunde war schon unterzeichnet.

Helmuth v. Moltke aber riet dem König, Bismarck zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Er traute es ihm zu, mit der widerspenstigen Kammer fertig zu werden. Nach außen ging es um die Bewilligung der Mittel für die Heeresreform. Die preußische Verfassung, die der belgischen Verfassung von 1832 nachgebildet war, ließ keinen Zweifel daran, dass der Staatshaushalt in der Form eines Gesetzes vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden musste und nicht mehr einseitig durch eine königliche Verordnung. Aber im Kern ging es um andere, inhaltliche Fragen, u.a. um die Verlängerung der Dienstzeit auf drei Jahre.<sup>23</sup> Das berührte einerseits die Ausbildung und damit die Schlagkraft der Armee. Andererseits war mit der dreijährigen Dienstzeit auf Seiten der Regierung auch die Idee verbunden, milizartige Elemente zurückzudrängen, die aus der Zeit der Freiheitskriege stammten, in der viel von „Volksbewaffnung“ die Rede gewesen war, etwa nach dem Modell der Schweiz. Man hielt drei Jahre für erforderlich, um aus dem Heer wieder eine echte „königliche“ Armee zu machen und den Rekruten alle Flausen auszutreiben, in denen vielleicht demokratieähnliche Ansätze stecken konnten.

Bismarck wurde zum Ministerpräsidenten ernannt und begann ein wirklich großes Spiel. Von Haus aus stockkonservativ und ein Gegner des Liberalismus, nahm er aus außenpolitischen Gründen eine „Schwenkung“ vor, die nur wenige seiner Standesgenossen verstehen konnten und die er auch dem König von Preußen nicht leicht vermitteln konnte. Er brauchte dafür sein ganzes Fingerspitzengefühl und seine feinsten diplomatischen Künste.

Als genauer Beobachter der großen politischen Vorgänge in Frankreich und England hatte er erkannt, dass die Krone, die sich auf das monarchische Prinzip und das Gottesgnadentum stützte, den liberalen Postulaten auf Dauer nicht widerstehen konnte. Die Paulskirche hatte „Freiheit und Einheit“ auf ihre Fahnen geschrieben. Sein Plan war, zwar die liberale Forderung nach *Einheit* eines deutschen Reichs aufzunehmen, aber mit dem Ziel, damit gerade der anderen liberalen Forderung nach politischer *Freiheit* widerstehen zu können. Der Weg konnte darin bestehen, das eine liberale Ziel – die Einheit eines Deutschen Reichs – nicht mit einem „Parlamentsheer“, sondern mit den autoritäreren Mitteln einer echt „königlichen“ Armee durchzusetzen, und zwar primär aus Gründen der Außenpolitik.<sup>24</sup>

---

<sup>23</sup> Dazu jetzt Dian Schefold, Einleitung in: Hugo Preuß, *Gesammelte Schriften*, Bd. 2 (*Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie*), Tübingen 2009, S. 7ff.

<sup>24</sup> „Nur durch eine Schwenkung in unserer auswärtigen Haltung kann die Stellung der Krone im Innern von dem Andrang degagiert werden, dem sie auf die Dauer sonst tatsächlich nicht widerstehen

Wenn es gelang, der liberalen Bewegung die Einheitsforderung zu entreißen und sie mit den Mitteln des preußischen Militärstaats zu verwirklichen, konnte Bismarck vermeiden, in Abhängigkeit von den parlamentarischen Kräften zu geraten. In seiner berühmten Rede, in der er die Macht von *Eisen und Blut* den blutlosen Reden und Beschlüssen von parlamentarischen Versammlungen entgegensetzte, hat er allerdings die Alternativen geschickt verzeichnet. Denn in Wahrheit ging es nicht um den Unterschied zwischen bloßem Gerede und tatkräftigem Handeln. Bismarck hätte sich auch an die Spitze der Kräfte stellen können, die Freiheit und Einheit verlangten, um so ein parlamentarischer Staatsmann zu werden, und zwar „aus eigenem Recht“ und nicht bloß als Fürstendiener. Gestützt auf öffentliche Meinung, mit militärischer Macht im Rücken, hätte er auf eine begeisterte liberale Bewegung und die reale gesellschaftliche Kraft einer Parlamentsregierung bauen können.

Aber Bismarck zog es vor, um die ihm suspekten Freiheitsforderungen zu vermeiden, die Einheit lediglich mit den Mitteln der preußischen Militärmonarchie herzustellen und blieb bis zum Ende seines Lebens bei dieser Linie. In dem Deutschland, das er schaffen wollte, durfte Preußen nicht „aufgehen“; ihm schwebte eher eine Art „Groß-Preußen“ vor. Auf seinem Weg konnte er zugleich die verhasste liberale Bewegung spalten und schwächen. Ein Teil der Liberalen, die sich dann als „Nationalliberale“ zusammenschlossen, war bereit, die Freiheitsforderung – wie sie zunächst hofften, nur „vorläufig“ – zurückzustellen. Sie sahen sich als „Reichsgründungspartei“ und feierten den Eisernen Kanzler. Von den alten liberalen Freiheiten war weniger und weniger die Rede. Im konservativen Sprekturm, in dem Bismarck als „Verräter“ galt, bildete sich eine „freikonservative“ Gruppierung, die Bismarck unterstützte. Trotz seines „Kulturkampfes“ gegen den politischen Katholizismus verbündete er sich schließlich in der Wirtschaftspolitik mit dem Zentrum gegen den Liberalismus. Bismarck operierte dabei so erstaunlich geschickt, dass man ihn den führenden Staatsmann dieser Epoche nennen muss, auch wenn die Wirkungen seiner Politik katastrophal waren.

Der Frh. vom Stein war kein Preuße, er wollte nur Deutscher sein. Ausgehend von der Wiederherstellung der Stadtfreiheit, wollte er bürgerliches Verantwortungsgefühl für die öffentlichen Angelegenheiten wecken. Er dachte eher in innenpolitischen Kategorien. Bismarck blieb Preuße. Er dachte primär in Kategorien der Außenpolitik. Statt sich auf die im Volk lebendigen politischen Energien, auf den überall vorhandenen Willen zur Einheit zu stützen, was ein großer Machtfaktor gewesen wäre, setzte er auf das Prinzip von „Eisen und Blut“, und rief damit einen ganz unrealistischen Glauben an die reine Macht der militärischen Gewalt hervor, der Deutschland im Ersten Weltkrieg und noch darüber hinaus zum Verhängnis wurde.

Aber Bismarck setzte sich durch: In einer Streitigkeit über Fragen der dynastischen Erbfolge in Schleswig und Holstein siegte er in Düppeln über Dänemark. In Königgrätz

---

wird [...]“, bei Preuß, *Der deutsche Nationalstaat* (1924), in: Preuß, *Schriften*, Bd. 4, S. 455; Preuß, *Deutschlands Republikanische Reichsverfassung*, Bd. 4, S. 322.

besiegte er mit einer kleinen Koalition Österreich und dessen Verbündete. Dabei half ihm die „Überredungskraft des Zündnadelgewehrs“, einer militärtechnischen Verbesserung, die die Geschwindigkeit und Treffsicherheit der Geschosse der preußischen Gewehre erhöht hatte. Und in einer großen deutschen Koalition, in der er die Könige und die anderen Fürsten der deutschen Einzelstaaten zu Generälen degradierte, besiegte er in Sedan Napoleon III. und Frankreich.<sup>25</sup>

Ein Teil der ehemals liberalen Bewegung hielt weiter zu Bismarck. Aber die Spaltung hatte die Kraft des deutschen Liberalismus für immer gebrochen. Noch schlimmer war, dass ein nahezu ins Religiöse überhöhter Bismarck-Kult entstand und im Untergrund eines alten Kulturvolkes sich ein Glaube an die reine militärische Gewalt ausbreitete, der im Alten Europa den Nachbarn Deutschlands, trotz aller Defizite des europäischen Zusammenhalts, fremd und unheimlich war.

## 5. Weichenstellung von 1870

Hugo Preuß war beeindruckt von dem genialen Spiel Bismarcks, der gegen den erbitterten Widerstand seiner eigenen ultrakonservativen Standesgenossen und in geduldiger und geschickter Behandlung seines zögernden Königs der liberalen Bewegung eine ihrer Hauptforderungen hatte entreißen können. Es war eine ungeheure Leistung, die lange ersehnte Einheit eines deutschen Reichs, das über Jahrhunderte in territorialer Aufsplitterung und geradezu im Zustand der „Staatlosigkeit“ gelebt hatte, wirklich hergestellt zu haben, auch wenn er das auf dem rein militärischen Wege mit Hilfe der königlichen Armee unternommen hatte. Zu seinen „stärksten Künsten“ gehörte die Vorurteilslosigkeit, sogar das demokratische Wahlrecht der Paulskirche für die Wahl des Reichstags zu übernehmen, ohne allerdings im Königreich Preußen das undemokratische Dreiklassenwahlrecht anzutasten. Gleichwohl verstand er es, ein kleines, aber entscheidendes Stück vom „monarchischen Prinzip“ zu retten, wie es, gegen den Zeitgeist, Friedrich Julius Stahl theoretisch entwickelt hatte.

Auch Bismarck musste, wie die echten „parlamentarischen“ Monarchien in Belgien, den Niederlanden, in England und Skandinavien, mit dem Reichstag regieren und dort mit den Parteien rechnen. Deshalb war es nicht opportun, das kleine konservierte Rest-

---

<sup>25</sup> Das Haus Hohenzollern sieht das noch heute anders und verschiebt die Akzente. In seiner offiziellen Website <Preussen.de/Geschichte> wird das Verhältnis zwischen Wilhelm I. und Bismarck auf den Kopf gestellt: „Im Verfassungskonflikt um die Heeresreform 1862 hätte er [König Wilhelm] lieber die Abdankung gewählt, als seine königlichen Rechte beschneiden zu lassen. Soweit kam es jedoch nicht, da er mit der Ernennung Bismarcks einen Mann zur Seite hatte, der gegebenenfalls Mehrheiten und öffentliche Stimmungen ignorierte. Gegen Parlamentsmehrheit und öffentliche Meinung setzten sie gemeinsam die Heeresreform durch. Gegen alle deutschen Fürsten verweigerten sie sich der österreichischen Bundesreform und gegen die Volksstimmung führten sie 1864 den Krieg gegen Dänemark. Erst mit dem Sieg über Österreich im Jahr 1866 begann sich die öffentliche Meinung zu ändern. Mag in allen diesen Konflikten Bismarck der nach Außen sichtbarer Handelnde gewesen sein, Legitimität gewann sein Tun nur durch das Vertrauen, das ihm der König entgegenbrachte.“ Das klingt, als hätte das Haus Hohenzollern nichts gelernt und nichts vergessen.

stück des „monarchischen Prinzips“ offen zur Schau zu tragen. So gab Bismarck seinem fürstlichen Herrn den Rat, damit der Gegensatz zum Zeitalter des Verfassungsstaats nicht auf peinliche Weise zu sehr sichtbar wurde, das monarchische Prinzip hinter „ministeriellen Bekleidungsstücken“ zu verbergen.<sup>26</sup> Der Deutsche Kaiser und Preußische König solle hinter Kanzler und Ministern zurücktreten und nicht demonstrieren, dass er *de jure* noch im Besitz monarchischer Prärogativen sei. Er solle die politischen Entscheidungen wie die eines parlamentarischen Ministers oder Ministerpräsidenten jedenfalls erscheinen lassen und Verfassungsstaat wenigstens spielen.

Nach den Vorstellungen der alten „Heiligen Allianz“ war Bismarck kein wirklicher „Legitimist“ mehr. Im Stürzen von Thronen „legitimer christlicher Erbmonarchen“ war er so vorurteilslos wie Napoleon.<sup>27</sup> Was Stahl für Preußen entwickelt hatte – den Vorbehalt der Gesetzessanktion für den Monarchen –, genügte im Reich nicht mehr. Er brauchte eine neue Lösung, um aus dem Rechts- und Verfassungsstaat des Deutschen Reichs ein entscheidendes Reststück des „monarchischen Prinzips“ auszuklammern. Auch hier fand er einen genialen Ausweg: Das neue Kaiserreich musste die parlamentarische Ministerverantwortlichkeit umgehen; es durfte einfach überhaupt keine eigenständige Reichsregierung geben, die früher oder später dem Druck der „parlamentarischen Verantwortung“ erlegen wäre. Er versteckte die heimliche Reichsregierung hinter dem merkwürdigen Konzept der „verbündeten Regierungen“. Im Bundesrat waren die Herrscher der Territorialstaaten versammelt. Diese Versammlung sollte nach außen „regieren“. Sie bestand aus meist halbparlamentarischen Monarchien, einigen Königen, einigen Duodezfürsten, sowie einigen freien Reichsstädten, die aber dem Bundesrat kein „bürgerliches“ Gepräge geben konnten und das auch gar nicht mehr wollten. Eine so große Versammlung, zumal sie so heterogen zusammengesetzt war, konnte die Funktion einer modernen „Regierung“ überhaupt nicht ausüben. Das verschaffte dem Vorsitzenden des Bundesrats, dem Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten die nicht deklarierte Funktion einer Regierung und Verwaltung des Reichs. Der Reichskanzler hatte von vornherein eine überlegene Stellung. Seine Geschäfte erledigte Bismarck zunächst nur mit seinem administrativen Apparat als preußischer Ministerpräsident, der er geblieben war. Als Großstaat besaß Preußen im Bundesrat einen überragenden Einfluss, und zwar nicht nur wegen der Zahl seiner Stimmen und einiger versteckter, aber wichtiger Vetorechte. Bismarck war geschickt genug, trotz mancher Kompromisse und Reservatrechte der Einzelstaaten, jedenfalls in den für ihn entscheidenden Fragen, über das Kaiserreich eine preußische Hegemonie auszuüben.

Wie in den „parlamentarischen“ Monarchien regierte Bismarck im Parlament mit den Parteien. Aber er entwickelte seinen eigenen Stil: Er arbeitete, um seine Mehrheiten zu finden, mit wechselnden Koalitionen, und er verstand es, die Parteien so gegeneinander

---

<sup>26</sup> Preuß, *Vom ministeriellen Bekleidungsstück* (1904), in: *Schriften*, Bd. 1, S. 769 [zu S. 354].

<sup>27</sup> „Ich bin meinem Fürsten treu bis in die Waden, aber gegen alle anderen fühle ich in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für sie aufzuheben“, zitiert bei Preuß, *Der deutsche Nationalstaat* (1924), in: *Schriften*, Bd. 4, S. 455.

auszuspielen und dabei so zu zerreiben, dass damit jede Entwicklung unterbunden war, sie regierungsfähig werden zu lassen. Er förderte sie in der Rolle einer „schönen Opposition“, die sich in „Kompromisslosigkeit“ gefiel, was ihm, da das ihre Machtlosigkeit verbürgte, gerade recht war. Die Fragmentierung der politischen Landschaft, die für ein parlamentarisches Regierungssystem katastrophal sein kann, war für seine Regierungsweise von Vorteil.

Gegen das katholische Zentrum führte er einen zynischen Kulturkampf, den die Verwaltungsbehörden und die Gerichte, allen theoretisch hochgehaltenen Idealen der „Rechtsstaatlichkeit“ zum Trotz, willfährig mitmachten. Die „gemeingefährliche“ Sozialdemokratie wurde mit dem Sozialistengesetz illegalisiert und des Schutzes der Rechtsordnung beraubt. Waren störende Elemente eliminiert, so konnte die Illusion einer „Volksgemeinschaft“ entstehen, die er durch beispiellose sozialpolitische Maßnahmen materiell unterfütterte. Er wollte nur die Organisation der Arbeiterbewegung zerstören. Um ihr den politischen Wind aus den Segeln zu nehmen, kam er ihren Mitgliedern materiell weit entgegen. Er war seiner Sache so sicher, dass er es wagen konnte, die Sozialdemokratie geradezu zu verhöhnen, indem er ihr seine Erfolge in der Sozialpolitik zuschrieb.<sup>28</sup> Er lud sogar den Führer der Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle, zu Gesprächen ein, wohl um herauszubekommen, ob er ihn nicht, im Rahmen eines Konzepts von „sozialem Königtum“, gegen seinen Hauptfeind, gegen Freisinn und Liberalismus einsetzen könne, woraus allerdings nichts wurde. Aber er war durchaus fähig, das Besondere an diesem genialen Organisator zu erkennen und ihn als Gelehrten und Menschen auch zu schätzen.

In dieser Zeit wurde das Thema einer illusionären „Volksgemeinschaft“, die von zahlreichen „Reichsfeinden“ bedroht war und die unterdrückt werden mussten, zu einer Dominanten der deutschen Entwicklung, bis hin zum „Tag von Potsdam“.

Auch ein Teil der alten konservativen Bewegung konnte ihr altes Ressentiment gegenüber Bismarck überwinden. Einer ihrer Begabtesten, der „freikonservative“ Hans Delbrück, verteidigte die Bismarck-Verfassung, die für die Anhänger einer wirklichen Parlamentarisierung nur ein scheinkonstitutionelles System war, mit dem Argument, hier sei der „Einfluss“ des Parlaments bereits so groß, dass es einer weiteren Demokratisierung gar nicht mehr bedürfe. Das war nicht ganz falsch, aber auch nicht ganz richtig. Indirekt war der „Einfluss“ der Parteien, denen Bismarck Zugeständnisse machte, nicht gering. Aber Preuß insistierte: Einfluss ist nicht dasselbe wie Regierung.<sup>29</sup> Erst aktive Mitregierung, als regierungsfähige Partei oder als regierungsbereite Opposition, kann aus politischen Parteien tragende Säulen des Verfassungsstaates machen.

---

<sup>28</sup> „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren“, *Die politischen Reden des Fürsten Bismarck* (Hg. H. Kohl), Bd. 10, Stuttgart 1894, S. 246.

<sup>29</sup> Albertin, Einleitung in: Preuß, *Schriften*, Bd. 1, S. 49, und *passim*.

Preuß staunte über das große Spiel, das Bismarck vorführte und das ihn geradezu zu einer Kultfigur gemacht hatte. Die alten Vorstellungen einer „legitimen“ christlichen Erbmonarchie konnten sich aus ihrem alten monarchistischen Kontext ablösen, um auf die Figur eines „starken Mannes“ übertragen zu werden. Fast zweitausend Jahre, seit der „konstantinischen Wende“ und der Einführung des Christentums als „Staatsreligion“ hatte das Konzept der „christlichen Monarchie“ seinen Dienst getan. In den Stürmen der Französischen Revolution war es am Ende zerbrochen. Der Begriff der „Legitimität“ war seitdem frei und funktionslos geworden. Nach dem *horror-vacui*-Prinzip war er leer genug, um neu aufgefüllt zu werden. Friedrich Julius Stahl hatte schon versucht, das „Prinzip“ Autorität gegen das „Prinzip“ Majorität in Stellung zu bringen. Das konnte in romantische Heldenverehrung umgedacht werden, bis es Max Weber, auf den Spuren von Friedrich Nietzsche und Stefan George, zum Konzept der „charismatischen Legitimität“ weiterentwickelte. Auch wenn sich Webers Konzept einer „plebiszitären Führerdemokratie“ von dem Missbrauch unterschied, den Carl Schmitt mit Webers neuartigen Begriffen vornahm,<sup>30</sup> konnte die quasi-religiöse Verehrung eines „politischen Genies“ dazu beitragen, den Nationalismus zu einem Chauvinismus zu steigern, der sich wie eine „Religion zur Beherrschung der Herde“ ausnahm.<sup>31</sup> Auf den Wegen einer solche „Genie-Religion“ konnte eines Tages auch die Vorstellung von einem „gottgesandten Führer“ entstehen. Auch hier wurden Weichen in eine falsche Richtung gestellt.

Aber dem „Realpolitiker“ Bismarck unterliefen in diesem Halbschatten zwischen Legitimus und Konstitutionalismus schwere Verkennungen der Realität, zu denen ihn seine politische Ideologie verleitet hatt: Er war davon überzeugt, dass Monarchien *als solche* stark und Republiken bzw. parlamentarische Staaten *als solche* schwach seien.

Dieser Irrtum wirkte sich nach zwei Seiten verhängnisvoll aus. Einerseits versuchte Bismarck eine Bündnispolitik zu entwickeln, die sich auf die „starken“ monarchisch-autokratischen Staaten stützte: die preußischen Hohenzollern, die österreichischen Habsburger und russischen Romanows, die bald sämtlich zugrunde gehen sollten. Er kehrte sozusagen die Bewertungen Napoleons um, der die „republikanischen“ Verfassungsstrukturen, den „kosakischen“, schein-konstitutionellen Verfassungen, vorzog.<sup>32</sup> Gern hätte Bismarck auch noch den König von Italien dazu gewonnen. Es wird viel darüber geredet, ob der Weltkrieg hätte vermieden werden können, wenn der geheime Rückversicherungsvertrag mit Russland erneuert worden wäre. Aber bekanntlich ver-

---

<sup>30</sup> Vgl. hierzu Wolfgang Mommsen, *Max Weber und die deutsche Politik* (1959), 3. Aufl. Tübingen 2004, Kap. X: Vom liberalen Verfassungsstaat zur plebiszitären Führerdemokratie (S. 416–441). – Im Gegensatz zu Carl Schmitt, der die Kategorien Max Webers später zur Rechtfertigung der Hitler-Diktatur nutzen wollte, war Webers Modell in der Regel an führenden parlamentarischen Politikern orientiert (wenn man von Napoleon III. absieht), und das Parlament behielt bei Weber vor allem die Funktion, dem charismatischen Führer ggf. das Mandat zu entziehen, so dass man ihn auch wieder loswerden konnte.

<sup>31</sup> Hermann Heller, *Rechtsstaat oder Diktatur* (1929), in: *Gesammelte Schriften*, 2. Aufl., Tübingen 1992, S. 453.

<sup>32</sup> Preuß, *Das deutsche Volk und die Politik* (1915), in: *Schriften*, Bd. 1, S. 413.

folgen Staaten „Interessen“, denen gegenüber auch älteste Bündnistraditionen und sogar familiäre Bindungen, die die Hohenzollern mit dem Zarenhaus und der englischen Krone verbanden, fast bedeutungslos sind. Die Interessen Russlands auf dem Balkan und am Bosphorus, die Interessen Italiens an Triest, und nicht zuletzt eigene Weltmachtgelüste machten eine solche Koalition – mit und ohne Rückversicherungsvertrag – im Ergebnis unreal.

Der andere Aspekt seiner tiefsitzenden Aversion gegenüber republikanischen und parlamentarischen Strukturen bestand darin, alte Konflikte mit Frankreich zu einer Erbfeindschaft hochzustilisieren, mit dem Ziel, auf diese Weise das Überspringen des republikanisch-demokratischen Funkens zu verhindern. Das war eine gefährliche und im Grunde destruktive Idee. Erreicht hat er dabei etwas ganz Anderes: Er hat das fast unvorstellbare Bündnis des republikanisch-revolutionären Frankreich mit dem uralten preußischen Verbündeten, dem reaktionären „kosakisch“-zaristischen Russland möglich gemacht, ein „Albtraum der Koalitionen“, wie ihm der russische Botschafter Schuwalow ironisch vorhielt, ein *cauchemar des coalitions*, der Bismarck wirklich den Schlaf raubte.<sup>33</sup>

Akut wurde die Perspektive eines Bündnisses zwischen dem erzreaktionären Zarenreich und der Dritten Republik Frankreichs u.a. wegen des Konflikts über Elsass-Lothringen. Das alemannisch sprechende Elsass gehörte bis zu den Eroberungen Ludwigs XIV. zum Deutschen Reich. Die Niederlande und die Schweiz hatten sich schon früher vom Reich losgerissen; ihre Bevölkerungen dachten nicht im Traum daran, in Bismarcks Reichsverband zurückzukehren. Aber es galt als weithin normal, die Eroberungen Ludwigs XIV. rückgängig zu machen. Nach dem Sieg über Napoleon III. wurde Elsass-Lothringen kurzerhand annektiert, und zwar ohne Volksbefragung, und ohne Rücksicht auf große Bevölkerungsteile, vor allem in Lothringen, deren Muttersprache Französisch war. Ein Missgriff war das auch deshalb, weil das Elsass in der Französischen Revolution eine herausragende Rolle gespielt hatte und sich viele republikanische Elsässer in ihrer Mentalität der Französischen Republik zugehörig fühlten. Frankreich hatte die Annexion dieser Gebiete durch das Bismarck-Reich nie verwunden.

Dieses Thema veranlasste auch Ernest Renan zu seiner berühmten Definition, was eigentlich eine Nation ausmache:<sup>34</sup> Nicht ethnische Homogenität, was auch immer das bei den permanenten Mischungsverhältnissen der Bevölkerungen meinen konnte; nicht gemeinsame Religion, die seit der Reformationszeit zerbrochen war und, besiegelt durch den Westfälischen Frieden, auch nicht wiederhergestellt werden konnte; auch die Sprache reichte nicht aus, um eine Nation des neuen Typus zu definieren, wie sie in der Französischen Revolution entstanden war. Wichtiger war die „Entscheidung“, einer Nation angehören zu „wollen“, auf Grund historischer Zusammenhänge und anderer

---

<sup>33</sup> Preuß, *Das deutsche Volk und die Politik* (1915), in: *Schriften*, Bd. 1, S. 392; 747 [zu S. 392].

<sup>34</sup> Ernest Renan, *Qu'est-ce qu'une nation?* (1882), vgl. Preuß, *Nationaler Gegensatz und internationale Gemeinschaft* (1918), in: *Schriften*, Bd. 1, S. 768 [zu S. 714].

Faktoren. Die Annexion von Elsass-Lothringen war ein Misserfolg; bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, in einem Zeitraum fast eines halben Jahrhunderts war es nicht gelungen, dieses Gebiet in das Bismarck-Reich wirklich zu integrieren, trotz eifriger Germanisierungsbemühungen. Es hatte den Status eines „Reichslandes“, lebte nicht unter einer „angestammten Dynastie“ wie die anderen Territorien, wurde fast wie ein Protektorat verwaltet, und am Ende gehörten die Elsässer zu Bismarcks „Reichsfeinden“.

Der Wunsch Frankreichs, den Verlust des Elsass rückgängig zu machen, war die Basis einer Verständigung zwischen den eigentlich miteinander unvereinbaren Partnern Frankreich und Russland. In geschickter Kombination mit anderen Interessenverflechtungen war die Annexion von Elsass-Lothringen ein Moment zu dem von Bismarck gefürchteten *renversement des alliances*, das zu einer Art von Einkreisung Deutschlands führte, ihm den gefährlichen Zweifronten-Krieg vor Augen malte, der Deutschland dann im Ersten Weltkrieg zum Verhängnis wurde.

Bismarck täuschte sich auch über die militärischen Energien, die Frankreich, Belgien und England im Ernstfall aufbringen konnten. Der auch und vor allem von Wilhelm II. zur Schau getragene Hochmut, der technisch und organisatorisch überlegenen preußisch-deutschen Armee seien die französische „Advokaten-Republik“ und die parlamentarischen Monarchien in Belgien und England nicht gewachsen, war nicht Ausdruck von Realpolitik, sondern war, wie sich nach 1914 herausstellte, ganz unreal. Sicher hätte sich Bismarck in der Zeit, die zum Ausbruch des Weltkrieges führte, anders verhalten als Wilhelm II., seine Diplomaten und seine Militärs. Aber Bismarck selbst war es gewesen, der im Zeichen der Realpolitik die Strukturen eines Bündnissystems geschaffen hatte, das der Wirklichkeit überhaupt nicht entsprach.

Bismarck wollte nicht von politischen Volkskräften abhängig werden, auch wenn er dabei zu einem Staatsmann „aus eigenem Recht“ hätte werden können. Aber seine Verfassung war auf die Personen des alten Kaisers und seines Kanzlers zugeschnitten, was als Strukturfehler seiner Verfassung angesehen werden muss, da der Wechsel der Personen eine Denkvoraussetzung ist für ein generell geltendes Verfassungsgesetz. Als der unerfahrene Enkel Wilhelms I. ein „persönliches Regiment“ führen wollte, ohne „ministerielle Bekleidungsstücke“, so wie der Zar in St. Petersburg, konnte der junge Kaiser seinen Kanzler einfach „entlassen“, wie irgend einen beliebigen Fürstendiener, und zwar nach den von Bismarck selbst geschaffenen Regeln, ohne dass der Architekt der Reichsverfassung noch irgend einen Rückhalt im Reichstag gefunden hätte.

Um die Abhängigkeit eines Fürstendieners zu vermeiden, der sich seine ganze politische Autorität von seinem fürstlichen Herrn beschaffen musste, hätte er eine andere, eine parlamentarische Abhängigkeit eingehen müssen. Die Abhängigkeit von einem Parlament, das seine Führerschaft anerkannte, wäre wohl weniger drückend gewesen als die Abhängigkeit von einem Monarchen, der durch die Zufälle einer dynastischen Erbfolge zur Macht kam, ohne Rücksicht auf Eignung und Fähigkeit. Als Fürstendiener konnte er einfach entlassen werden, wenn ihn sein Kaiser nicht mochte. Auch ein Parla-

mentsführer kann stürzen, aber nicht so kampflos und nicht so ins Leere wie Bismarck.<sup>35</sup>

## 6. Weichenstellung 1914

Als der Weltkrieg ausgebrochen war, verlor eine zentrale Bestimmung der Bismarck-Verfassung automatisch ihre Bedeutung: der Oberbefehl des Kaisers über die Armee. Im Sektor der Militärverwaltung war der Deutsche Generalstab – unter Kriterien moderner Bürokratietheorie – wohl die damals am höchsten entwickelte formale Organisation der Zeit. Gegenüber dieser Professionalität war die archaische Verfassungsnorm von der kaiserlichen Kommandogewalt schlechthin unwirksam. Ähnlich wie in Japan, das diese Strukturen übernommen hatte,<sup>36</sup> diente der aus monarchistischen Vorurteilen stammende kaiserliche militärische Oberbefehl ganz gegen die ursprünglichen und offiziellen Motive nur noch dazu, eine unkontrollierte, unkontrollierbare, unverantwortliche Bürokratie sich entwickeln zu lassen.

Mit Ausbruch des Weltkrieges verwandelte sich die kaiserliche Militärmonarchie nahezu zwangsläufig in eine Militärdiktatur der Oberste Heeresleitung (OHL).<sup>37</sup> Ein „persönliches Regiment“ gegenüber dem Generalstab war absolut unmöglich. Seinen Offizieren, die ihn „W-Zwo“ nannten, konnte Wilhelm II. nichts vormachen. Der Funktion eines Oberbefehlshabers war der Kaiser überhaupt nicht gewachsen. Die OHL gab sich kaum noch Mühe, die Bedeutungslosigkeit der verfassungsmäßigen kaiserlichen Kommandogewalt zu verbergen.<sup>38</sup>

Aber nicht nur Wilhelm II. hatte sich durch unverantwortliche und großsprecherische Reden um sein Ansehen gebracht hervorgerufen. Trotz des hohen Grades an Professionalität im engeren, militärtechnischen Sinne waren es gerade die Militärs, die den Krieg verloren hatten. Ihrem Lehrherrn Clausewitz zum Trotz, der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln betrachtet hatte, besaßen sie kein fundiertes Verständnis von Politik. Es kam zu fast unglaublichen Fehleinschätzungen und Fehlplanungen, zur Verkennung der Realität speziell in Fragen der Außenpolitik, und damit jedenfalls auf diesem Gebiet zu fachlicher Inkompetenz und Unprofessionalität.<sup>39</sup>

Vor dem Krieg war es neben dem unverantwortlichen Gerede des Kaisers vor allem der Admiral Tirpitz gewesen, der mit seinem Konzept des Flottenbaus für ganz unnötige Provokationen Englands gesorgt hatte. Die großsprecherisch zur Schau getragene Be-

<sup>35</sup> Preuß, *Der deutsche Nationalstaat*, in: *Schriften*, a.a.O., Bd. 4, S. 496.

<sup>36</sup> Tatsuji OHNO, *Meiji-Restauration und Selbstverwaltung. Die Rolle von Rudolf v. Gneist und Franz Lieber in Japan*, in: Christoph Müller (Hg.), *Gemeinde, Stadt, Staat: Aspekte der Verfassungstheorie von Hugo Preuß*, Baden-Baden 2005, S. 125.

<sup>37</sup> Dazu namentlich Christopher Clark, *Preußen. Aufstieg und Niedergang. 1600–1847*, München 2007.

<sup>38</sup> Lothar Machtan, *Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen*, Berlin 2008, S. 135.

<sup>39</sup> „Ludendorff hatte im August 1916 keinerlei politische Vorbildung oder Erfahrung“, Arthur Rosenberg, *Entstehung der Weimarer Republik*, Frankfurt 1961, S. 116.

hauptung von einer unwiderstehlichen militärischen Überlegenheit Preußen-Deutschlands, war für Clemenceau eine Herausforderung. Er organisierte eine Widerstandskraft Frankreichs, auf die die deutsche OHL nicht gefasst war. Ihre Planung funktionierte nicht, der Durchmarsch nach Paris gelang diesmal nicht wie im letzten Krieg. Die Armee blieb in Belgien stecken. Die OHL wurde nach dem kläglichen Scheitern ihrer Planung abgesetzt. Sie wurde durch eine neue OHL mit den mythischen Gestalten Hindenburg und Ludendorff ersetzt, die aber ebenfalls versagten.

Es schien ein genialer Schachzug, sich an der Ostfront Entlastung zu schaffen, indem OHL und Auswärtiges Amt Lenin freies Geleit durch Deutschland gewährten, so dass er in Russland, mit der Logistik des deutschen Obrigkeitsstaats und der Geheimdienste, seine bolschewistische Revolution organisieren konnte, gegen den früher von den preußischen Herrschern so sehr geschätzten Zarismus der Romanows. Das half, aber doch nur vorübergehend, und war, unter der Firma einer „vorurteilslosen Realpolitik“, eine der verhängnisvollen Fehlentscheidungen.<sup>40</sup>

Im kriegsentscheidenden Jahr 1917 verlangte Ludendorff, um sich einen Vorteil zu verschaffen, den völkerrechtswidrigen uneingeschränkten U-Boot-Krieg wieder aufzunehmen. Das führte zum Kriegseintritt der bis dahin noch neutralen USA zu provozieren, und damit hatte Ludendorff den Krieg endgültig verloren. Die irrsinnigen Annexions-Phantasien, mit denen der Kaiser, die OHL und der Alldeutsche Verband die Illusion eines „Siegfriedens“ in der Öffentlichkeit am Leben zu erhalten suchten, waren plötzlich zerstoßen. Zu einem „Verständigungsfrieden“ ohne Annexionen, wie ihn unter vielen anderen auch Hugo Preuß und Ernst Reuter gefordert hatten, für den es sogar eine parlamentarische Mehrheit gegeben hätte, waren die Doktrinäre der OHL nicht bereit. Das alles wäre einem Bismarck nicht passiert.

Trotz aller chauvinistischen Propaganda und trotz des schmachvollen Versagens deutscher Diplomatie nahm Preuß sein Land in Schutz gegen die Behauptung von der „Kriegsschuld“ Deutschlands, wie sie der Vertrag von Versailles formuliert hatte. Aber, etwas gedämpft durch Rücksichtnahmen auf den „Burgfrieden“, einer Variante des Belagerungszustandes – mit scharfer Militärzensur –, lenkte Hugo Preuß die Aufmerksamkeit auf einen anderen Aspekt, in dem er den eigentlichen Kern des Problems erkannte. Er wies immer wieder auf einen eklatanten Widerspruch hin:

„Jahrzehnte erfolgreicher Arbeit hatten Deutschland eine der hervorragendsten Stellungen in der Weltwirtschaft geschaffen; sein Handel, seine Industrie und Technik haben sich fast überall im Ausland Ansehen errungen. Älter noch waren die geistigen Verbindungen, die seine wissenschaftliche Kultur mit den wichtigsten fremden Völkern hergestellt hatte. Und mit alledem hatte

---

<sup>40</sup> Zu den makabersten Fehlplanungen gehört wohl, dass in der Zeit nach 1918 beim Aufbau der illegalen Reichswehr, die in enger Zusammenarbeit mit der Roten Armee Trotzki an versteckten Orten des riesigen Rußland organisiert wurde, der deutsche Generalstab dabei half, die Armee Rußlands zu modernisieren, was die Generale Hitlers später zu spüren bekamen. In dieser Hinsicht teilt Enzensberger eine Reihe interessanter Details mit.

Deutschland in der ganzen Zeit so wenig festen Boden, so wenig Vertrauen, Zuneigung und moralischen Kredit im Ausland gefunden [...].<sup>41</sup>

Preuß fragt, wie es zu erklären sei, dass Deutschland von seinen Nachbarn als so „fremd“, so „andersartig“ und als so „bedrohlich“ wahrgenommen wurde. Er erklärt das damit, dass man in Preußen an die überlegene Stärke der Monarchien glaubte und meinte, die parlamentarisch verfassten Ländern seien prinzipiell schwach. Bismarck hatte für diesen Irrtum das Fundament gelegt. Die „Eisen-und-Blut-Ideologie“, die in den siegreichen Kriegen gegen Dänemark, Österreich und Frankreich ihre Bewährungsprobe bestanden zu haben schien und durch den Erfolg der Gründung eines Deutschen Reiches als endgültig beglaubigt angesehen wurde, hat die meisten Zeitgenossen in Deutschland überzeugt. Diese politisch fehlerhafte Verengung auf die reine militärische Rüstung und Schlagkraft, hatte u.a. die in der öffentlichen Meinung nicht beachtete Nebenwirkung, dass Deutschland international immer weniger als Land von Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft wahrgenommen wurde, sondern primär als hochgerüstetes militaristisches Ungeheuer. Diese preußisch-deutsche Militärmaschine empfanden die Nachbarn als bedrohlich.<sup>42</sup> Preuß kritisierte, dass mehr als vierzig Friedensjahre nicht genügt hatten, solide Bindungen zu den Nachbarstaaten herzustellen. Es war kein Konzept entwickelt worden, wie sich die große deutsche Nationalität – von etwa 80 Millionen Menschen in Deutschland und Österreich – in das europäische Staatensystem auf eine vernünftige Art hätte einfügen wollen und können. Die Erklärung Frankreichs zum „Erbfeind“ hatte unkalkulierte Nebenwirkungen.

Preuß erklärte diesen merkwürdigen Widerspruch zwischen dem großen und begründeten Ansehen, das der deutsche Kulturstaat genoss oder doch hätte genießen können und dem gefürchteten preußisch-deutschen Militärstaat damit, dass sich die bürgerliche Gesellschaft aus der politischen Sphäre zurückgezogen, und die Machtpolitik unkontrolliert dem Obrigkeitsstaat überlassen hatte. Solange man seinen künstlerischen Ambitionen, seinen wissenschaftlichen Interessen, seinen Geschäften nachgehen konnte, ließ man die Experten von Machtstaat und Militär in ihrer Sphäre einfach gewähren.

Literarisch wurde dieser Konflikt um die „machtgeschützte Innerlichkeit“<sup>43</sup> ausgetragen in dem exemplarischen Leben der Brüder Thomas und Heinrich Mann. Der Thomas Mann der *Betrachtungen eines Unpolitischen*, und des Kriegsbuchs *Friedrich und die große Koalition* überwand sich am Ende und söhnte sich mit seinem Bruder – und der Republik – aus.<sup>44</sup> Aber er konnte sich in seinem bisherigen Milieu kaum noch verständlich machen.

---

<sup>41</sup> Preuß, *Das deutsche Volk und die Politik* (1915), in: *Schriften*, Bd. 1, S. 395; Fritz Stern, *Verspielte Größe. Essays zur deutschen Geschichte*, München 1996.

<sup>42</sup> Preuß, a.a.O., Bd. 1, S. 425 und *passim*.

<sup>43</sup> Thomas Mann, *Leiden und Größe Richard Wagners*, 1933.

<sup>44</sup> Vgl. dazu die glänzende Darstellung des Schweizer Germanisten Peter v. Matt, „Ihr guten Leute und schlechten Musikanten!“, jetzt in: v. Matt, *Das Wilde und die Ordnung*, München 2007.

Das Militärische überwucherte die zivile Gesellschaft. Das führte zu so merkwürdigen Erscheinungen, dass auch ein großer Gelehrter in Deutschland sein Sozialprestige daraus zog, ob und wo er „gedient“ hatte bzw. dass er auch noch Reserveoffizier sei; oder dass erwachsene Leute stolz waren auf die „Ziernarben“, die sie sich in ihrer Studentenzeit in einer schlagenden Verbindung bei einer „Bestimmungsmensur“ verschafft hatten. Auch feinsinnige Ästhetiker, die selber keiner Fliege etwas zu Leid tun konnten, fühlten sich „integriert“ und angezogen von der „schimmernden Wehr“ und von militärischem Bramarbasieren. Preuß schreibt:

„Wie anders müßte die Stellung dieses Volkes in der Welt sein, wenn seiner friedlichen und kriegerischen Tüchtigkeit ein politischer Sinn auch nur annähernd entspräche“.<sup>45</sup>

Zahlreiche hochverdiente Träger des deutschen Kulturlebens, darunter sogar der Präsident der preußischen Akademie der Künste, der große impressionistische Maler Max Liebermann, ein ziemlich enger Verwandter von Hugo Preuß, unterzeichneten einen Protest, in dem sie der feindlichen Entente das Ziel unterstellten, die deutsche Kultur zu vernichten, die ohne den deutschen Militarismus bedroht sei,<sup>46</sup> was Hugo Preuß mit feinem Spott kritisierte.<sup>47</sup> In Deutschland galt es geradezu als

„Quintessenz aller realpolitischen Praxis und Theorie“, dass „revolutionäre Staatsgedanken, dass die Ideen von 1789 dem deutschen politischen Wesen fremd und heterogen sind ebenso wie der englische Parlamentarismus“.

Außerhalb Deutschlands klang es schrill, wenn sich deutsche Militaristen auf Goethe und Beethoven beriefen. Die Kriegspropaganda der Entente warf Deutschland diese Fremdheit gegenüber der politischen Kultur Westeuropas und Amerikas vor, auf die die deutschen Eliten gerade besonders stolz waren. Parlamentarismus und Demokratie galten lange vor dem Hass auf die Weimarer Republik als „undeutsch“.

„Das ist es aber am letzten Ende, was heute unsere Gegner sagen; nur mit anderen lieblosen und gehässigen Worten“.<sup>48</sup>

Ohne die überzogene Propaganda gegenüber Deutschland zu rechtfertigen, versuchte Preuß, ihren wahren Kern herauszuhören: Der militaristische Obrigkeitsstaat widersprach der politischen Kultur der Zeit. Der Versuch, eine „unpolitische Kultur“ zu entwickeln, hatte zu „politischer Unkultur“ geführt. Das englische Weltreich war „in

<sup>45</sup> Preuß, *Das deutsche Volk und die Politik* (1915), in: *Schriften*, Bd. 1, S. 384.

<sup>46</sup> In dem Aufruf *An die Kulturwelt* heißt es: „Es ist nicht wahr, daß der Kampf gegen unseren sogenannten Militarismus kein Kampf gegen unsere Kultur ist, wie unsere Feinde heuchlerisch vorgeben. Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt“, in: Ungern-Stemberg, *Der Aufruf ‚An die Kulturwelt‘. Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg*, Stuttgart: Steiner, 1996, S. 144f.; dazu Lothar Albertin, *Einleitung*, in: Preuß, *Schriften*, Bd. 1, S. 47 und S. 747 [zu S. 395].

<sup>47</sup> „Namentlich haben Künstler und Gelehrte von dem ‚*dulce est desipere in loco*‘ [süß ist es, im richtigen Moment den Verstand zu verlieren] einen allzu ausgiebigen Gebrauch gemacht und werden in nicht ferner Zeit ihre minder haltbaren Tagesleistungen wohl selbst mit innigem Mißvergnügen betrachten“, Preuß, *Das deutsche Volk und die Politik* (1915), in: Preuß, *Schriften*, Bd. 1, S. 394.

<sup>48</sup> Preuß, *Das deutsche Volk und die Politik* (1915), in: *Schriften*, Bd. 1, S. 426.

viel höherem Grade ein Werk der Diplomatie als der Waffen“, während es Deutschland nicht verstanden hatte, aus dem Ansehen, das es als Kulturvolk genoss, aus seinen wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen, einen Vorteil zu ziehen.<sup>49</sup>

Aber für Preuß kam in dieser Aversion gegen den westlichen Verfassungsstaat nicht das „Wesen“ eines unwandelbaren „deutschen Charakters“ zum Ausdruck. Die immr noch vorherrschende „Mentalität“ in Deutschland war für ihn ein in Generationen entstandenes Ergebnis eigenartiger Weichenstellungen, zu der auch eine exzessive Militarisierung der öffentlichen Meinung gehörte; möglichst die ganze Bevölkerung sollte veranlasst werden, in militärischen Kategorien und in „Eisen und Blut“ zu denken. Von der Volksschule bis in die Gymnasien und Universitäten hinein hatte sich die Heeresreform von 1862 ausgewirkt. Aber das musste keine unabänderliche Charakterprägung sein. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es uns auch allmählich und endlich, die Fehlentscheidung von 1862 zu revidieren.

## 7. Weichenstellung 1918/19

Es ist ein großer Unterschied, ob man die Bedingungen zu erfassen sucht, unter denen sich eine eingerichtete Demokratie immer wieder weiterentwickelt, oder ob es um die Bedingungen geht, unter denen ein autoritäres Regime dazu gebracht werden kann, sich in eine Demokratie zu verwandeln. Für diese höchst aktuelle Frage kommt der preußisch-deutschen Geschichte von 1808, 1918 und 1945 eine wahrhaft paradigmatische Bedeutung zu.

Die Schicksalsjahre 1808 und 1918 hatten einige Gemeinsamkeiten. Ein veraltetes System konnte sich in seinen alten Strukturen nicht mehr erneuern. 1808 versuchte Napoleon, nicht gänzlich erfolglos, uns neue, leistungsfähigere Strukturen aufzuzwingen, ein Prozess, der in den Widersprüchen der napoleonischen Militärdiktatur zum Erliegen kam. Aber der militärisch-politische Zusammenbruch des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaats 1918 enthielt keinen Impuls, der helfen konnte, eine demokratische Verfassungsordnung aufzubauen. Die großen demokratischen Schübe in England, den USA und Frankreich verdankten sich siegreichen Revolutionen. Um aus einer Niederlage heraus zu einem demokratischen Volksstaat zu kommen, hätte nur die Vernunft helfen können, wenn sie mächtig genug gewesen wäre. Das aber war nicht der Fall. Um so mehr bewundern wir heute die analytische Klarsicht der Cassandra Hugo Preuß.

Aber aus den übergroßen Schwierigkeiten, die der Weimarer Verfassung entgegenstanden, die Folgerung abzuleiten, sie sei „von Anfang an eine Fehlgeburt“ gewesen, wie Enzensberger behauptet, ist nicht vertretbar. Sollten denn die demokratischen Kräfte etwa von Anfang an resignieren und den Destruktionskräften das Feld

---

<sup>49</sup> Ruedorffer (Pseud. für Kurt Riezler), zitiert bei Preuß, *Das deutsche Volk und die Politik*, a.a.O., Bd. 1, S. 508.

überlassen? Die Behauptung Enzensbergers ist auch historisch nicht richtig: Die Republik von Weimar hat in vielen Bereichen und über längere Zeiträume durchaus funktioniert. Dass sie zerstört werden konnte, war kein unabwendbares Ereignis. Ich kann die Details zu dieser Frage nicht ausbreiten,<sup>50</sup> sondern beschränke mich hier auf einige wenige Aspekte.

Es trifft zwar zu, pauschal gesehen, wenn Enzensberger feststellt, dass „die alten Eliten nicht bereit waren, sich mit der Republik abzufinden“. Er gibt aber keinerlei Erklärung, wie es zu dieser Republikfeindschaft gekommen ist und nimmt sie einfach wie ein Faktum. Außerdem übertreibt er. Er übergeht, wie viel Unterstützung die Weimarer Republik doch fand, auch unter Verfassungsrechtlern, auch in der Verwaltung, ganz abgesehen von dem Engagement Max Webers<sup>51</sup> und von Thomas Mann für die Weimarer Verfassung.<sup>52</sup> Eine ganze Reihe von „Herzensmonarchisten“ wurde wenigstens zu „Vernunftrepublikanern“ (Meinecke).<sup>53</sup> Es gibt keine Veranlassung, von einer „allgemeinen“ Ablehnung des „Systems von Weimar“ zu sprechen, wie das die vergrößernde antirepublikanische Propaganda behauptet hat. Enzensberger beschreibt ganz zutreffend die Gemütsverfassung der vielen, die, ohne die spezifischen ideologischen Wahnideen Hitlers persönlich zu teilen, dann doch zu Mitläufern, wenn nicht zu Mittätern geworden sind; aber er fragt nicht, wie die Verirrungen entstanden sind; vielleicht genügt ihm der Satz von Lec: „Kollektiver Irrtum ist leichter zu ertragen.“<sup>54</sup>

Die "Weimarer Koalition" aus SPD, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei (DDP) war aber durchaus eine Basis für die Republik von Weimar. Bis zum „Preußenschlag“ von 1932 hat sie jedenfalls in Preußen regiert. Wenn diese Parteienkonstellation auf Reichsebene schon früh zerbrochen war durch das Ausscheiden der DDP wegen der Bedingungen von Versailles, so wäre doch bis in die agonale Endphase hinein rechnerisch eigentlich die Mehrheitsbasis einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition, wie sie Preuß seit langem gefordert hatte, immer vorhanden gewesen. Nur diese Koalition zwischen SPD, Zentrum und DDP konnte die Zerstörung der liberalen Bewegung Deutschlands durch Bismarck überwinden. Als Liberaler kritisierte Preuß scharf die utopischen Zielsetzungen der SPD. Aber er erkannte auch, dass sie einen Teil der Erbschaft des authentischen Liberalismus angetreten hatte.<sup>55</sup> Doch für die meisten bürgerlichen Kräfte war die SPD immer noch, wie zu Bismarcks Zeiten, ein „Bürgerschreck“ –

---

<sup>50</sup> Dazu die Einleitung von Detlef Lehnert in: Preuß, *Schriften*, Bd. 4, S. 1–70, die viele Fehler und Falschzuschreibungen korrigiert; abgedruckt auch in: *Hugo-Preuß-Website*, Veröffentlichungen.

<sup>51</sup> Vgl. Lehnert, Einleitung, a.a.O., Preuß, *Schriften*, Bd. 1, S. 1.

<sup>52</sup> Thomas Mann, *Von deutscher Republik* (1923), und später die *Deutsche Ansprache. Ein Appell an die Vernunft* (17.10.1930), in der Mann es für gänzlich undenkbar hielt, dass diese „nationale Simplizität in einem reifen, vielerfahrenen Kulturvolk wie dem deutschen“ verwirklicht werden und diese „radikalistische Ekstase unmöglich die natürliche Haltung des deutschen Bürgertums sein kann“.

<sup>53</sup> Vgl. Preuß, in: *Schriften*, Bd. 4, S. 309 [zu S. 309].

<sup>54</sup> Stanislaw Lec, *Unfrisierte Gedanken*, S. 151.

<sup>55</sup> Preuß, *Konfessionelle Kandidaturen* (1898), in: *Schriften*, Bd. 1, S. 291; ders., *Sozialismus und Konstitutionalismus* (1903), a.a.O., Bd. 1, S. 325.

namentlich für die DNVP Hugenburgs –, obwohl es der SPD zu verdanken war, dass ein Übergreifen der bolschewistischen Revolution auf Deutschland verhindert wurde.<sup>56</sup> Als diese Gefahr faktisch nicht mehr bestand, nahm die Abgrenzung von der Sozialdemokratie mit den alten Verdächtigungen wieder zu. Der Kampf gegen die antirepublikanischen Kräfte hätte sich gegen links *und* gegen rechts richten müssen. Unter Verletzung des Gleichheitssatzes wurde aber zunehmend die rechte Republikfeindschaft, sogar die der NSDAP verschont, weil, was eine weit verbreitete Meinung auch unter Verfassungsrechtlern war, die NSDAP ja immerhin „national“ sei. Dass der gefährlichere Feind „rechts“ steht, wie der Zentrums-Reichskanzler Wirth einmal deutlich formuliert hatte, fand im Bürgertum keine Resonanz.

Unter Stresemann kam es noch einmal zu einer Koalition, die von der Deutschen Volkspartei (DVP) über die DDP und das Zentrum bis zur SPD reichte. Trotz Inflation hatte sich die Industrie erstaunlich schnell wieder erholt. Stresemann hielt allen Anfeindungen stand, auch wenn er von ehemaligen Gesinnungsgenossen als Verräter gebrandmarkt wurde. Er beendete den „Ruhrkampf“ und leitete mit Briand die Aussöhnung mit Frankreich ein. Der Friedensnobelpreis für Stresemann und Briand signalisierte die Rückkehr Deutschlands in die internationale Gemeinschaft. Aber nach dem Tod Stresemanns begann sich die DVP von der SPD wieder abzuwenden.

In der Dunkelheit, die Enzensberger mit seinem Bild über die Weimarer Republik – „von Anfang an eine Fehlgeburt“ – verbreitet, werden alle Katzen grau, und der aufkommende Hitlerfaschismus erscheint dann fast als zwangsläufige Entwicklung, zumal sein „Held“ Hammerstein kaum Zeichen von wirklichem politischen Engagement zeigte. Hitler war ihm zuwider, und das zeigte er ziemlich offen und mutig. Aber die starke Säule einer Armee der Republik war er auch nicht.

Vor allem beantwortet Enzensberger nicht die Frage, wie und mit welchen Mitteln eine demokratische Minderheit unter den damals gegebenen Umständen den antidemokratischen Elementen in den alten Eliten hätte beikommen sollen. Und selbst wenn das – in der undifferenzierten Übertreibung Enzensbergers – nicht möglich gewesen wäre: was sollten dann die Kräfte machen, die wir heute als vernünftig betrachten? Hätten sie, quietistisch, den Versuch einer Demokratisierung Deutschlands gar nicht erst unternehmen sollen? Hätten sie, die Auswegslosigkeit vor Augen, prophylaktisch emigrieren sollen? Oder musste man – wie Hugo Preuß und zahlreiche andere – das unmöglich Erscheinende dennoch versuchen? Es ist nicht akzeptabel, wie sich Enzensberger darüber

---

<sup>56</sup> Das entscheidende Datum war der Parteitag der USPD im Oktober 1920 in Halle, in der namentlich der Austromarxist Hilferding die Offerten der Abgesandten Lenins, vor allem des (später von Stalin ermordeten) Sinowjew ablehnte, während die Mehrheit der USPD für den Eintritt in die III. Internationale (Komintern, Kommunistische Internationale) votierte, was der KPD zum ersten Mal eine Massenbasis verschaffte, die den parlamentarischen Verfassungsstaat seitdem kompromißlos bekämpfte. Eine Minderheit verließ den Parteitag unter Protest und kehrte in die Mehrheits-SPD zurück. Auch Ernst Reuter gehörte damals zu den Mitbegründern der KPD und kehrte, etwas später, ebenfalls in die SPD zurück.

hinwegsetzt, dass sich nicht wenige den demokratiefeindlichen Kräften entgegenstellten.

Aber nahezu unbegreiflich ist es, wenn er schreibt: „Viele, die aus dem verlorenen Krieg nach Hause kamen, mochten den ‚Kampf als inneres Erlebnis‘ nicht aufgeben und sannern auf Revanche. Sie erfanden die ‚Dolchstoßlegende‘“. Es war aber zunächst Ludendorff gewesen, der diese unwahre Behauptung in die Welt gesetzt hatte, um seine eigenen Fehlentscheidungen zu kaschieren. Als der Kaiser sah, dass der Halb-Parlamentarismus der Bismarck-Verfassung nicht mehr funktionierte, akzeptierte er hastig und im letzten Moment eine „parlamentarisch verantwortliche Regierung“. Es ist fast unglaublich, wie es Ludendorff gelingen konnte, die Verantwortung dafür, dass die militärische Führung den Krieg verloren hatte und kapitulieren musste, einer demokratischen Regierung zuzuschieben,<sup>57</sup> die versuchte, nach dem schmachvollen Zusammenbruch des Obrigkeitsstaats, dem Versagen der Militärmonarchie und seiner Außenpolitik das von Bismarck geschaffene Reich vor dem Untergang zu bewahren. Bis zuletzt hatte die OHL die Illusion eines Siegfriedens genährt und mit aberwitzigen Annexionsideen alle Möglichkeiten eines Verständigungsfriedens untergraben, obwohl dafür eine parlamentarische Mehrheiten möglich war. Die Kraft des Militärdiktators Ludendorffs hatte nur noch ausgereicht, die Chancen eines Wiederaufbaus zu ruinieren. Auch Hindenburg verbreitete im Untersuchungsausschuss des Reichstags die Dolchstoß-Legende. Das gilt vor allem auch für den Kaiser und die Kaiserin Auguste Victoria. Sie sahen, wie später Hitler und Göbbels, in einer freien Presse nur noch das Werk von „Judenhalunken“, schimpften gegen „verfluchte Antigermanen“ und sahen in der Sozialdemokratie „sozialistische Landesverräter“.<sup>58</sup> Nur unter strengster Pressezensur dominierten ihre Allmachtsphantasien in der „veröffentlichten Meinung“. Hugo Preuß hatte darauf gehofft, dass die nun offenbar gewordene Brüchigkeit der Militärmonarchie zu einem Mentalitätswandel im Volk führen würde. Aber Uneinsichtigkeit und Verstocktheit der in Deutschland damals vorherrschenden Strömungen der öffentlichen Meinung, nicht nur der Eliten, sondern auch breiter Volksschichten, haben seine schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen.

Wenn Enzensberger schreibt, dass viele den „*Kampf als inneres Erlebnis* nicht aufgeben“ wollten und auf „auf Rache“ sannern, so spielt er auf die Kriegstagebücher

---

<sup>57</sup> Ende September 1918 verlangte Ludendorff ultimativ von der Reichsregierung die sofortige Abgabe eines Friedensangebots mit gleichzeitigem Ersuchen um Waffenstillstand. Der in Aussicht genommene neue Reichskanzler, Prinz Max v. Baden, weigerte sich zunächst, im Blick auf die unabsehbaren Folgen, den überstürzten Forderungen der OHL nachzugeben. Die Reichsregierung verlor jetzt endgültig das Vertrauen in Ludendorff und setzte beim Kaiser seine Entlassung durch. „Der mächtigste General des Weltkriegs, der jahrelang der politischen Führung des Reichs seinen Willen aufgezwungen hatte, entging so der Notwendigkeit, den schimpflichen Waffenstillstand mit seinem Namen decken zu müssen. [...] So aber konnte er im letzten Augenblick ausbrechen und als einer der einflussreichsten Wortführer der Gegenrevolution die Schuld am deutschen Zusammenbruch von der Heeresleitung auf die Heimat abwälzen“, Wilhelm Hoegner, *Die verratene Republik. Deutsche Geschichte 1919–1933* (1959), Neuausgabe München 1979, S. 19.

<sup>58</sup> Machta, *Die Abdankung*, a.a.O., S. 137.

von Ernst Jünger<sup>59</sup> an, die wegen ihrer erzählerischen Drastik auf große Resonanz stießen, auch unter seinen politischen Gegnern. Als radikaler Gegner der Weimarer Republik und Anhänger einer „nationalen Revolution“ entfaltete er für einige Zeit im Milieu der demokratiefeindlichen Freikorps ideologische und literarische Aktivitäten,<sup>60</sup> ging aber bald auf Distanz zur NSDAP, die ihn umwarb, aber seinen elitären Ideen nicht entsprach. Unbeschadet seines Rangs als Schriftsteller war er ein eher zweifelhafter Zeitzeuge für die „Stimme der Vielen“, die aus dem verlorenen Krieg zurückkehrten. Es gab auch viele, die sich von Erich Maria Remarque, *Im Westen nichts Neues* – Verkaufsaufgabe über 15 Millionen – besser verstanden fühlten. Statt den Ersten Weltkrieg als „Urkatastrophe Europas“ (Georg F. Kennan) zu empfinden, hatte Ernst Jünger der verrohende jahrelange Stellungskrieg mit seinen Massenschlächtereien – allein vor Verdun waren 700000 Soldaten gefallen – noch nicht genügt.

Aber die Republik war nicht „von Anfang an eine Fehlgeburt“. Ein Putschversuch im März 1920, dem sich die Reichswehr unter Hammerstein nicht anschloss, brach u.a. am Generalstreik zusammen; die Putschisten Kapp und Lüttwitz wurden als Hochverräter angeklagt. Sie mussten aus Deutschland fliehen. Auch Ernst Jünger war als Offizier der Reichswehr zunächst *gegen* den Kapp/Lüttwitz-Putsch eingesetzt. Die Republik wehrte sich vor allem gegen die extremen, terroristischen Flügel der Republikgegner. Nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht löste die Reichsregierung die Brigade Erhard auf, die von dem General Lüttwitz, dem Schwiegervater Hammersteins, befehligt worden war.<sup>61</sup> Ein Teil ihrer Mitglieder ging dann zur „Organisation Consul“,

---

<sup>59</sup> Ernst Jünger, *Der Kampf als inneres Erlebnis*, 1. Aufl. 1922, 2. Aufl. 1926.

<sup>60</sup> Ernst Jünger, *Krieg und Krieger* (1930); Jünger hatte es gern gesehen, dass Hitler seine Kriegstagebücher schätzte; er widmete *Feuer und Flamme* (1926) „Dem nationalen Führer Adolf Hitler“ (Othmar Plöckinger, *Geschichte eines Buches: „Mein Kampf“*, München 2006, S.160). Noch 1930 bekämpfte er „die Gestalt des Zivilisationsjuden“ als Prototyp des von ihm verabscheuten Liberalismus: „Im gleichen Maße jedoch, in dem der deutsche Wille an Schärfe und Gestalt gewinnt, wird für den Juden auch der leiseste Wahn, in Deutschland Deutscher sein zu können, unvollziehbarer werden, und er wird sich vor seiner letzten Alternative sehen, die lautet: in Deutschland entweder Jude zu sein oder nicht zu sein“, Ernst Jünger, *Über Nationalismus und Judenfrage*, in: *Süddeutsche Monatshefte*, 27 (1930), S. 845. Damit versuchte er nichts weniger, als die einzigartige deutsch-jüdische Kultursynthese zu zerstören, den Deutschen jüdischer Herkunft die Bürgerrechte abzuerkennen und – indirekt – sie aus Berufen zu entfernen, die Staatsbürgerschaft voraussetzten, wie Tätigkeiten als Beamter, Richter und beamteter Hochschullehrer, was das NS-Gesetz wenige Jahre später zynischen als „Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums“ rigoros realisierte (siehe oben Fn. 12). Unter der Voraussetzung einer staatsrechtlichen Trennung konnte Jünger seinen ethnisch motivierten Chauvinismus zugleich mit Respekt vor der zionistischen Bewegung verbinden. Er distanzierte sich dann bald von der Hitler-Bewegung, die ihn eine zeitlang stark umworben hatte, und stand im Zweiten Weltkrieg in Verbindung mit Angehörigen des militärischen Widerstands. Zwei Jahre vor seinem Tod, mit hundert Jahren, konvertierte er, nach vielen und eigenartigen Umwegen, zum Katholizismus, was einem Widerruf vieler Ideale seine Jugend gleichkam. Hier geht es nicht um Bedeutung von Leben und Werk Jüngers, sondern nur um die Feststellung, dass er zum Scheitern der Republik von Weimar aktiv beigetragen hat.

<sup>61</sup> „Hakenkreuz am Stahlhelm/ Schwarz-Weiß-Rotes Band/ Die Brigade Ehrhardt/ Werden wir genannt.“

die 1921 den Zentrumspolitiker Matthias Erzberger und im Juni 1922 den großen deutschen Patrioten Walter Rathenau ermordete.

Es ist richtig, wenn Enzensberger schreibt: „an den Hochschulen überwogen autoritäre, antiparlamentarische und antisemitische Stimmungen“. Es zeigt, wieviel von dem, was heute meist nur Hitler angelastet wurde, in der damaligen deutschen Gesellschaft tief und breit verwurzelt war. Aber auch hier blendet er wieder viel aus. So konnten etwa an der Berliner Universität diese Strömungen, wie eine neuere Untersuchung zeigt,<sup>62</sup> so lange unter Kontrolle gehalten werden, bis diese zunächst noch minoritären Kräfte mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die Unterstützung der Staatsmacht erhielten. An der Universität Breslau, die nach 1933 zu einer antipolnischen „Stoßtrupp“-Universität ausgebaut wurde, konnten Rektor und Dekan die Studenten, die einen jüdischen Dozenten behelligten, mit den Mitteln der republiktreuen Polizei aus den Universitätsräumen entfernen lassen. Die Republik von Weimar hat sich durchaus „gewehrt“. Als sich der Staat Bayern weigerte, die Gesetze zum Schutz der Republik anzuwenden, wäre das für Preuß ein Fall des Art. 48 Abs. 1 WRV gewesen: ein Fall der Reichsexekution gegen ein Land, das die Rechtsordnung bricht.

## 8. Weichenstellung 1933

Der Untergang der Republik war kein unabwendbares Naturereignis. Richtig ist, dass der Weg in die Barbarei an viele Elemente des deutschen Sonderwegs anknüpfen konnte, aus denen Hitler eine ganz eigenartige Ideologie konstruiert hatte. Aber „Zufall“ und „Notwendigkeit“ kamen dabei auf seltsame Weise zusammen.

Hitler wurde nach seinem Putschversuch vom 9. November 1923 in München zwar wegen Hochverrats rechtskräftig verurteilt, aber nicht ausgewiesen, wie es das Republikenschutzgesetz vom 21. Juli 1922 in § 9 verlangte, ausgewiesen worden. Das war ein eklatanter Rechtsbruch. Die Richter, die mit ihm offenkundig sympatisierten, waren zwar Gegner der Demokratie, des Parlamentarismus und vor allem der Sozialdemokratie, aber nicht auf seine spezielle Ideologie eingeschworen. Es gab auch keine Notwendigkeit, dass der später staatenlose Hitler sich in Braunschweig – durch Ernennung zum Regierungsrat – die Deutsche Staatsangehörigkeit beschaffen konnte. Und warum musste – ein makabrer Treppenwitz der deutschen Geschichte – Ludendorff seine Memoiren, in denen er mit Hindenburg abrechnete, ausgerechnet Sven Hedin zeigen? Der rechtskonservative schwedische Forschungsreisende war ein glühender Anhänger von Wilhelm II., Ludendorff, Hindenburg und später von Hitler. Schon der Erste Weltkrieg war für ihn ein Kampf „der Germanen“ gegen Russland und die slawische Welt gewesen. Jetzt hinderte er Ludendorff daran, den „Mythos Hindenburg“ zu

---

<sup>62</sup> Anna-Maria Gräfin v. Lösch, *Der nackte Geist. Die juristische Fakultät der Berliner Universität im Umbruch von 1933*, Tübingen 1999.

zerstören.<sup>63</sup> Bei dem Ansehen, das Ludendorff in der Generalität und im konservativen Bürgertum besaß, hätte der für Hitler so entscheidende „Zufallsfaktor Hindenburg“ fraglich werden können.

Obwohl auch die SPD bei der letzten Präsidentenwahl zur Wahl Hindenburgs aufgerufen hatte, um die Alternative Hitler zu vermeiden, suchte Hindenburg eine Mehrheit jenseits der SPD, der solidesten Säule der Demokratie; sie passte nicht in seine konservative Ideologie von „Volksgemeinschaft“. Nur deshalb wurden rechnerisch für Reichswehr und einen großen Teil des Bürgertums die Denkspiele Hugenbergs plausibel, bei der Mehrheitsberechnung dann eben weiter nach rechts zu gehen und schließlich auch die NSDAP einzubeziehen.

Enzensberger stellt die negativen Fakten, die als solche durchaus zutreffen, in einen Zusammenhang, als habe der Aufstieg Hitlers zum Reichskanzler in dem Chaos der Weimarer Republik, die „von Anfang an eine Fehlgeburt“ gewesen sei, nicht verhindert werden können, nicht einmal durch den „eigensinnigen“ Hammerstein.<sup>64</sup> Unfreiwillig dokumentiert er dabei aber, welche verhängnisvolle Rolle die Reichswehr beim Aufstieg Hitlers gespielt hat. Er beschreibt die Umstände der Geheimrede, die Hitler am 3.2.1933, gerade zum Reichskanzler ernannt, in der Dienstwohnung Hammersteins im Bendlerblock, damals Chefs der Heeresleitung, vor den Kommandeuren der Reichswehr gehalten hat. Er ersuchte sie, ihn bei seinem Plan zu unterstützen, mit militärischer Hilfe einen „Lebensraum“ für das Deutsche Volk im Osten zu erobern, um auf dem Rücken der slawischen Bevölkerung ein Kolonialreich zu errichten und den „Marxismus“ auszurotten. Ob auch in dieser Rede seine antisemitischen Obsessionen eine zentrale Rolle gespielt haben, ist nicht ganz klar; er hat sie aber auch damals schon immer offen propagiert.<sup>65</sup> Sie waren ein integraler Teil seiner sozialdarwinistischen Vorstellungen

---

<sup>63</sup> Ludendorff hatte sich „im November 1918 aus Deutschland davonstehlen müssen“, ging nach Schweden ins Exil, schrieb dort seine Memoiren, um sein Verhalten im Weltkrieg zu rechtfertigen „und keinen zu schonen, den er für die deutsche Kriegsniederlage“ verantwortlich machte“. Hier rechnete er auch mit Hindenburg ab, der sich Ludendorffs strategischen Entscheidungen als eigene Leistungen zugeschrieben hatte, bei Lagebesprechungen im ostpreußischen Hauptquartier oft nicht zugegen war, dem es aber gelang, seinen „Mythos“ intakt zu halten. Ludendorff gab 1919 das Manuskript Sven Hedin zu lesen, der über die Hindenburg-Kritik Ludendorffs entsetzt war und ihn bewegte, alle – damals allgemein unbekannt – negativen Charakteristika Hindenburgs zu streichen, weil er sie beide, Ludendorff und Hindenburg verehere, und diese Abrechnung auch ihm, Ludendorff selber, schaden könne. Man dürfe bezweifeln, schreibt Pyta, ob Hindenburg seine spätere politische Rolle hätte spielen können, wenn Ludendorff über Hindenburg „ungeschminkt Tatsachen zu Papier“ gebracht hätte, „die den Mythos des Siegers von Tannenberg durchaus hätten erschüttern können“, Wolfram Pyta, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, München: Siedler, 2007, S. 430f., in Anknüpfung an James Cavallie, *Ludendorff und Kapp in Schweden*, Frankfurt/M 1995, S. 38, 80, 44f.

<sup>64</sup> Aus der Adelsgenossenschaft, die lange vor Hitler einen Arierparagraphen eingeführt hatte, war Hammerstein ausgetreten.

<sup>65</sup> Vgl. dazu das Interview, das Hitler kurz vor seinem Hitler in München dem spanischen Journalisten Eugeni Xammar gegeben hat (veröffentlicht in *Les Veu de Catalunya* am 24.11.1922), jetzt in: Xammar, *Das Schlangenei. Berichte aus dem Deutschland der Inflationsjahre, 1922–1924* (Orig. katalanisch) dt. Berlin: Berenberg Verlag, 2007, S. 145–148, wo er sein Konzept des Antimarxismus entwickelt, das nur einen Aspekt seines Chauvinismus einer sog. Herrenrasse darstellte. Dazu gehörte als integraler

über die zukünftige Rolle einer germanischen „Herrenrasse“. So unwahrscheinlich es heute klingen mag, so gelang es Hitler damals, in einer über zwei Stunden gehenden ekstatischen Rede, die Generalität der Reichswehr dazu zu bringen, seine Ziele zu unterstützen. Zwar gab es Vorbehalte, aber eigentlich nicht wegen der Ziele Hitlers als solcher, sondern nur wegen ihrer Maßlosigkeit. Die Kommandeure der Reichswehr stellten sich am Ende in den Dienst Hitlers.

Einige Jahre vorher hatte die Reichswehr den Kapp/Lüttwitz-Putsch (1920) gegen die Republik von Weimar noch scheitern lassen. Lüttwitz, der Schwiegervater von Hammerstein, hatte in diesem Putsch das militärische Kommando übernommen. Hammerstein weigerte sich, den Befehlen von Lüttwitz zu folgen und sich dem Putsch anzuschließen, wohl aber vorwiegend deshalb, weil er dem Plan keine reale Chance beimaß. Lüttwitz ließ ihn für eine Weile verhaften. Der Putsch brach zusammen, Kapp und Lüttwitz wurden als Hochverräter von der Justiz verfolgt, sie mussten fliehen. Aber wirkliche Loyalität zeigte die Reichswehr gegenüber der Republik von Weimar nicht. Der General Schleicher, der Hitler nicht ausstehen konnte, erklärte seinem Freund Hammerstein, man komme an Hitler nicht vorbei; die meisten der jungen Offiziere stünden auf seiner Seite. Das traf auch zu, zumal viele von ihnen keine Alternative zu einem Beruf in der Armee sahen. Bald nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten wurde Lüttwitz amnestiert. Hammerstein quittierte seinen Dienst, aber er ging mit seinem Schwiegervater Lüttwitz auch wieder auf die Jagd. Alles das beschreibt Enzensberger ganz zutreffend, aber es klingt so, als sei der Aufstieg Hitlers unabwendbar gewesen.

In dem als großes Spektakel organisierten „Tag von Potsdam“ am 21.3.1933 ernannte Hindenburg – entgegen früheren Äußerungen und gegen den dringenden Rat von Schleicher und Hammerstein<sup>66</sup> – den „böhmischen Gefreiten“ doch zum Reichskanzler.<sup>67</sup> Potsdam und die Garnisonkirche standen in der öffentlichen Meinung für das authentische Preußentum. Dabei war nicht Senilität der Grund für diese Entscheidung Hindenburgs, sondern die Vorstellung, aller persönlichen Antipathie zum Trotz, dass die Hitler-Bewegung am Ende seinem Verständnis von „Volksgemeinschaft“ noch am ehesten entsprach, nicht obwohl, sondern gerade weil sie zur Voraussetzung hatte, die Sozialdemokratie, einen nicht unbeträchtlichen Teil des Volkes, aus dieser Volksgemeinschaft auszugrenzen.

Der Tag von Potsdam wird heute als großes Missverständnis betrachtet, denn Preußen steht für viele positive Traditionen Deutschlands, die mit dem Hitler-Regime nichts zu tun haben. Das gilt, um nur einige Beispiele zu nennen, für das Preußen des Großen

---

Bestandteil das Ziel, alle Juden zu vertreiben, aber nicht nur so, wie 1492 in Spanien; dort konnte die Vertreibung durch Taufe abgewendet werden. Für Hitler aber war, wie er Xammar erklärte, die Judenfrage nicht mehr eine religiöse, sondern inzwischen eine sog. „Rassenfrage“.

<sup>66</sup> Pyta, *Hindenburg*, a.a.O., S. S. 803f.

<sup>67</sup> Zu den Motiven, aus denen Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernannte, Pyta, *Hindenburg*, a.a.O., S. 849f.

Kurfürsten und sein Toleranzedikt, das es Samuel Pufendorf möglich machte, aus Schweden nach Berlin zu kommen; das gilt für die Toleranz Friedrichs des Großen, der jeden nach seiner Façon selig werden ließ und der es schätzte, mit Voltaire zu diskutieren; das gilt für Prinzipien einer sparsamen und effektiven Verwaltung; das gilt für die Gründungen der großen Akademien, zuerst der in Halle, dann der von Brandenburg; das gilt für das Preußen, wie Gottfried Leibniz es sah; das gilt vor allem für die – allerdings weithin gescheiterten – preußischen Reformen, die die Nichtpreußen Stein und Hardenberg unternommen hatten; und natürlich gilt das für die Dioskuren Wilhelm und Alexander v. Humboldt, und in besonderer Weise für die Gründung der Universität Berlin, die weltweit ein neues Modell der Verbindung von Forschung und Lehre begründete; das gilt auch für eine moderne Form der Wissenschaftsorganisation unter der Leitung des Theologen Adolf v. Harnack; das gilt in der Zeit der Romantik aber auch für die berühmten jüdischen Salons mit ihrem reichen geistigen Leben; das gilt für das musikalische Berlin der Staatsoper, der Singakademie, der Konzertsäle und Orchester, und vieles andere mehr. Conrad Wiedemann spricht, gerade auch im Vergleich mit der „Weimarer Klassik“ – Goethe, Schiller, Herder, Wieland u.a. – von einer „Berliner Klassik“.<sup>68</sup>

Aber war es auch ein Missverständnis, wenn man an das Brandenburg des Freiherrn von der Marwitz denkt, der die Reformen Steins und Hardenbergs als Aufrichtung einer neumodischen „Judenrepublik“ betrachtete? Und an den von Heinrich v. Treitschke entfesselten Antisemitismusstreit, mit dem der Vulgärantisemitismus in die Universitäten eindrang? Und an die Militarisierung der Köpfe, wie sie – seit 1862 systematisch – betrieben wurde?<sup>69</sup> Und wenn man an die Unterdrückungsmaßnahmen denkt, mit denen versucht wurde, den irrealen Traum einer konfliktfreien „Volksgemeinschaft“ herzustellen? Dabei wurden dissentierende, störende Gruppen einfach unterdrückt, – nach den sog. Freiheitskriegen die „Demagogen“, dann im Kulturkampf die Katholiken und unter dem Sozialistengesetz die SPD. Der Widerruf der Judenemanzipation passte in diese selektive Vorstellung von Rechtsstaat und „Volksgemeinschaft“ ohne weiteres hinein. Der Entrechtung der Juden war schon lange vor Hitler vorgearbeitet worden. Für das retrograde Preußenbild Hindenburgs und nahezu des gesamten Offizierskorps der Reichswehr und für einen großen Teil der öffentlichen Meinung auch für den einflussreichen Oswald Spengler<sup>70</sup> war der Tag von Potsdam kein Missverständnis.

Wenn Hindenburg die Reichswehr, unter symbolischer Evokation aller preußischen Traditionen, in die Hand Hitlers gab und den neuen Reichskanzler als Nachfolger Friedrichs des Großen und Bismarcks vorstellte, so war das zwar eine historisch groteske Ge-

---

<sup>68</sup> Conrad Wiedemann, *Wie rekonstruiert man eine vergessene Großstadtkultur? Vorüberlegungen zu einer Aufsatzreihe zum ‚klassischen Berlin‘*, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berichte und Abhandlungen, Bd. 10 (Beiträge zum Akademievorhaben Berliner Klassik, Berlin 2006, S. 223–237.

<sup>69</sup> Vgl. Wolfram Wette (Hg.), *Schule der Gewalt: Militarismus in Deutschland. 1871–1945. Zeitgenössische Analysen und Kritik*, Berlin 2005.

<sup>70</sup> Oswald Spengler, *Preußentum und Sozialismus*, München: C. H. Beck, 1919.

schichtsklitterung. Aber das Militär war damit ganz überwiegend einverstanden. Es hat seine hochentwickelte Professionalität in den Dienst des Dritten Reichs gestellt und alle Kriege Hitlers mit großem Engagement geführt. Es waren nicht zuletzt die militärischen Erfolge von Reichswehr und Wehrmacht, die Hitler für weite Kreise mit dem Nimbus des „gottgesandten Führers“ ausstatteten. Spät, sehr spät, hat eine kleine Gruppe von Widerstandskämpfern sich gegen den Tyrannen und den von ihm veranstalteten Zivilisationsbruch erhoben. Unter Einsatz ihres Lebens haben sie versucht, die Ehre der Armee wiederherzustellen. Wir ehren diese tapferen Frauen und Männer des Widerstandes. Aber Hitler hätte seine außenpolitischen Erfolge nicht erreichen und seine Blitzkriege, seine Eroberungs- und seine Vernichtungskriege nicht führen können, ohne die loyale, mitdenkende, engagierte Rolle der Armee. Das ganze Phänomen der Hitler-Diktatur hat seinen entscheidenden Dreh- und Angelpunkt in der Unterstützung Hitlers durch die Reichswehr.

Diese Loyalität, die die Armee nicht der Republik, aber in vollem Umfang der Regierung Hitlers gewährte hat, wurde auch nicht erschüttert durch den Bruch der Hitler-Diktatur mit den Traditionen des Rechtsstaats. Der Staatsterror nach dem Reichstagsbrand vom 28.3.1933 und die verfassungswidrigen Gesetze, die Hitler mit Hilfe Hindenburgs durchsetzte, haben in der Reichswehr keine nennenswerte Unruhe hervorgerufen. Die Maßnahmen richteten sich doch nur gegen „Marxisten“ und andere Elemente, die dem ganz überwiegend reaktionäre Offizierskorps suspekt waren. Vor allem blieb die Reichswehr auch dann noch ruhig, als Hitler die Führer der SA, und bei dieser Gelegenheit auch gleich noch v. Schleicher, dessen Frau, den Pressereferenten Papens, Gregor Strasser und in Bayern den Ritter v. Kahr ermorden ließ.<sup>71</sup> Auch Hindenburg nahm daran keinen Anstoß, weil die Reichswehr die Konkurrenz der SA los sein wollte und es bei solchen Aktionen nun einmal nicht ohne Blutvergießen abgehe.<sup>72</sup> In diesem zum Teil eben auch negativ besetzten Traditionsbild von Preußen spielten die großen Tradi-

---

<sup>71</sup> Es gab keine zwingende Notwendigkeit für Hindenburg, den General Schleicher als Reichskanzler zu entlassen; der NSDAP drohte damals die Spaltung, Göbbels notierte den Ausspruch Hitlers aus jenen Tagen: „Wenn die Partei einmal zerfällt, mache ich in drei Minuten mit der Pistole Schluß“, Joseph Göbbels, *Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern vom 11. Januar bis zum 1. Mai 1933*, München 1934, S. 220; dazu Volker Hentschel, *Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Republik*, Düsseldorf 1979, S. 80: Das „sagt nicht nur etwas über die Mentalität Hitlers, sondern mehr noch darüber, wie er den Zustand ‚seiner Bewegung‘ einschätzte“, die mehrfach vom Zerfall bedroht war.

<sup>72</sup> Hitler suchte mit seinem Stab Hindenburg am 3. Juli 1934 auf dessen Gut Neudeck auf und hielt ihm unter vier Augen Vortrag über die vermeintliche Röhm-Revolution, bei der Hitler „in einem jedem Rechtsstaat Hohn sprechenden Weise mit alten Widersachern aufräumte“. Am Ende stellte Hindenburg sich „ganz auf Hitlers Seite“, auch im Falle der Ermordung von Hitlers Amtsvorgängers Schleicher, indem er „dem Kanzler demonstrativ dafür dankte, dass dieser ‚das Vaterland vor schwerem Schaden bewahrt‘ habe“. Nur wegen der Maßnahmen Hitlers gegen Papen, von denen Hindenburg erst später erfuhr, machte er „das erste und einzige Mal von seiner Position als Oberbefehlshaber der Reichswehr Gebrauch, indem er dem Reichskriegsminister Blomberg den Befehl gab, für die Freilassung Papens Sorge zu tragen“, über den Hausarrest verhängt und dessen Pressereferent v. Bose erschossen worden war, Pyta, *Hindenburg*, a.a.O., S. 849–51.

tionen des Kampfes um Rechtsstaat und Verwaltungsgerichtsbarkeit und richterliche Unabhängigkeit keine zentrale oder überhaupt keine Rolle mehr.<sup>73</sup> Preußen hatte eben zwei Gesichter.

Enzensbergers abschätzig Beurteilung der Republik von Weimar, mit der sich die vielen Mitläufer und Mittäter der NS-Periode unserer Geschichte ganz oder partiell reinwaschen können, entspricht nicht dem Stand der historischen Forschung.<sup>74</sup>

## 9. Zur Vernunft gekommen – seit 1945

Bei den Stein/Hardenbergschen Reformen war nicht allein der Zusammenbruch unhaltbar gewordener Strukturen ein Moment, das zu Hoffnungen auf eine Reform an Haupt und Gliedern berechtigte. Es war außerdem die direkte politische Nachhilfe Napoleons nötig.<sup>75</sup> Als 1919 die Verfassungsgebende Nationalversammlung nach dem Zusammenbruch des autoritären Obrigkeitsstaats einen demokratischen Volkstaat schuf, konnten, wie schon ein Jahrhundert zuvor, die Erschütterungen des alten *status quo* ein starkes Motiv für einen Neuanfang sei. Aber es fehlte ein direkter Druck in die richtige Richtung. So konnte Hugo Preuß im Jahre 1919 seine Ideen zur territorialen Neugliederung Preußens nicht durchsetzen, obwohl im Rahmen der Ordnung des Gesamtstaats der Großstaat Preußen die föderative Ordnung der Republik von Weimar sprengen musste.<sup>76</sup> Für den Erhalt des Großstaates Preußens innerhalb der Verfassungsordnung der Weimarer Republik gab es 1919 zwar nachvollziehbare Gründe. Aber inzwischen haben wir die von Preuß gewünschte „vernünftige“ Lösung bekommen, aller-

---

<sup>73</sup> Es ist schwer zu begreifen, wie widerstandslos das Gesetz über die sog. Wiederherstellung des Berufsbeamtentums hingenommen wurde, das bereits am 7. April 1933, wenige Wochen nach Ernennung Hitlers zum Reichskanzler erging: Alle „Beamten nicht-arischer Abstammung“ und alle Beamten, „die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“ – damit waren namentlich die „vaterlandslosen“ Sozialdemokraten gemeint – wurden aus dem öffentlichen Dienst entfernt. Diese radikale Zerstörung des Rechtsstaats – noch unter der Präsidentschaft Hindenburgs –, erklärt sich zum Teil daraus, dass sich der neue Rechtszustand von dem unter der alten preußischen Verfassung von 1850 – im Ergebnis jedenfalls – nicht so stark unterschied (siehe oben Fn. 12). Vor 1918 gab es weder in der Verwaltung noch an der Universität Sozialdemokraten; auch Juden war in Preußen der Weg versperrt, Beamte oder Richter zu werden; als Ordinarien an die Universität wurden sie höchst selten berufen. Sie konnten damals noch die „religiöse“ Barriere überwinden, wenn sie sich dem gesellschaftlichen Zwang zur Taufe unterwarfen. Der Antisemitismus des Hitler-Regimes zeigte gänzlich neuartige ideologische Zuspitzungen, hatte aber eine lange Vorgeschichte, wie auch die Position Ernst Jüngers von 1930 sie schlaglichtartig erhellt. Die 200 Jahre des Kampfes um Rechtsstaat, Unabsetzbarkeit von Beamten, Unabhängigkeit der Justiz und freien Zugang zu allen öffentlichen Ämtern waren in der politischen Kultur Preußen-Deutschlands, wie sich aus Merkwürdigkeiten unserer Verfassungsgeschichte ergibt, nicht tief genug verwurzelt, um eine starke „politische Identität“ zu begründen.

<sup>74</sup> Ursula Büttner, *Weimar. Die überforderte Republik. 1918–1933*, Stuttgart 2008, – eine „für lange Zeit uneinholbare Darstellung“ (Wolfgang Benz), Zusammenfassung S. 498–509.

<sup>75</sup> Siehe Fn. 12.

<sup>76</sup> Zu Gründen für das Scheitern der territorialen Neuordnungspläne von Hugo Preuß vgl. Craig, *Das Ende Preußens*, S. 95–124 (hier namentlich das Kapitel Preußentum und Demokratie. Otto Braun und Konrad Adenauer).

dings erst nach dem Zweiten Weltkrieg und nicht schon 1919, und nicht aus eigener Kraft, sondern durch den Kontrollratsbeschluss der Anti-Hitler-Koalition, der die „Auflösung Preußens“ von oben verfügt hat. Auswärtige Mächte haben angeordnet, dass nun „Preußen im Reich aufgegangen“ ist, was preußische Könige versprochen, aber nicht gehalten hatten.

Die „Junkerfrage“, eines der schwersten Hemmnisse der Modernisierung von 1808 und 1919, wurde – allerdings auf eine besonders rabiate Weise – in der sowjetischen Besatzungszone gelöst. Auf eigenartigen Umwegen ist das Selbstverwaltungskonzept von Hugo Preuß – fast ohne eigenes Zutun – heute auch in den ehemals preußischen Gebieten weitgehend verwirklicht. Die DDR hatte zwar die kommunale Selbstverwaltung und die Tradition des „Munizipalsozialismus“ einem rigorosen Zentralismus aufgeopfert.<sup>77</sup> Aber inzwischen sind nach 1989 die Hemmnisse entfallen, die Jahrzehnte lang einer internen Verwaltungsreform Preußens und dem Konzept der Selbstverwaltung, wie es Hugo Preuß vertrat, im Wege gestanden hatten.

Inzwischen ist auch der alte Konflikt: *Parlamentsheer* oder *königliches Heer* gegenstandslos geworden. Den preußischen Militärstaat gibt es nicht mehr. Es war nicht einmal selbstverständlich, dass nach den Gräueln der Hitler-Diktatur überhaupt eine Wiederbewaffnung möglich werden würde. Insofern verdankt der Wiederaufstieg Deutschlands nach 1945, was niemand gern hört, außerordentlich viel dem Kalten Krieg. Die alte Überordnung des Militärischen über die Zivilgesellschaft, um die seit den Freiheitskriegen und den Konflikten um die Heeresreform seit 1862 gestritten worden war, ist inzwischen im wesentlichen überwunden. Der wehrpolitische Berater der SPD, Friedrich Beermann, prägte 1952 den Begriff des „Bürgers in Uniform“, der sich, gegen Widerstand der „alten Kameraden“, als Leitbild der Bundeswehr durchsetzte.<sup>78</sup> Das war die demokratische Antwort auf die Militarisierung der deutschen Gesellschaft und den Verfassungskonflikt von 1862: die endliche Unterordnung des Militärs unter die zivile Gesellschaft.

Nicht dass damit alle Probleme gelöst wären, zumal sich auch ganz neue stellen. Aber es ist nicht unangebracht, einmal festzuhalten, dass wir einigermaßen zur Vernunft gekommen sind, auch wenn wir erschrecken, zu welcher unermesslichen humanen und materiellen Kosten. Es bleibt der Stachel, dass uns die nötigen Reformen nicht im Wege der „Selbstorganisation“ gelungen sind, um die Hugo Preuß vierzig Jahre gekämpft hatte, und nicht „aus Vernunft“.

---

<sup>77</sup> Christoph Hauschuld, *Die örtliche Verwaltung im Staats- und Verwaltungssystem der DDR*, Berlin 1989.

<sup>78</sup> An der Ausarbeitung dieses zivilen Gegenkonzepts zur Heeresreform von 1862 waren namentlich beteiligt: Wolf Graf v. Baudissin und Johann Adolf Graf v. Kielmansegg.